

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsatzpreis mit der ebd. Unterhaltungszeitung Leben, Willen, Kunde der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Zent die Post bezogen vierjährig. M. 9,75, unter Kreuzband für Deutschland und Sachsen. Dresden M. 5,-. Ersteinst. vgl. mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Sektion: Dr. Zwingerstraße 14, Tel. 1762. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die Sprechstunden bei 80 Pf. berechnet, bei beständiger Überholung wird Rabatt gewährt. Vereinssanzeige 35 Pf. Abenteuer müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind vorab zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 40.

Dresden, Dienstag den 18. Februar 1913.

24. Jahrg.

Das Zentrum hat seinen Rückzug in der Frage der Land- und Messegebühren in der Subskommission vollzogen.

Die Wahl im Inneren wählen für den preußischen Landtag wird am 16. Mai stattfinden.

Auf dem Flugplatz Schramberg bei Wien ist ein Flieger zum Absturz seines Flugzeuges gestürzt worden.

Als Antwort auf die deutlichen Rüttungen bereitst die französische Regierung neue ungewöhnliche Rüttungsverordnungen vor.

Infolge starker Schneefälle ist auf dem läbörlichen Kriegsschauplatze ein Stillstand eingetreten.

In Konstantinopel hat sich eine neue Grandatastrophe ereignet.

Im Zirkus Busch.

Wie alljährlich, so macht auch jetzt die Bündler gerade den Abschluss der agrarisch-ländwirtschaftlichen Versammlungen. Der deutsche Landwirtschaftsrat, die Eltern der Eltern, mit Kaiser und Kaiserin, eröffneten den Neigen, die dicke Schar der Gutsbesitzer und der Bauern mit nachgeladenen Schüssen vollendet das agrarische Schauspiel. Der Bund der Landwirte ist diesmal aus dem Sportgolf, dessen weite Hallen sich doch als zu groß erwiesen haben, wieder in den alten lieben Circus Busch zurückgekehrt, wo er oft schon im Stallgeruch seine Kraftworte aufzagen ließ.

Die diesjährige Veranstaltung des Bündleriums verlief besonders langsam und lang. Wohl gaben sich die Bündler manche Mühe, um die versammelten Freunden durch einige Späße zu belustigen, aber es waren alles alte Rummen. Die Bündler sind eingemachten gefüllt, sie wissen sich der Regierungslüfte sicher; wenn sie sich doch ein wenig als Proletarier ausspielen, so klängt es gemacht, und ihre Bützen sind laut und hoch. Selbst der famose Oldenburger von Baudenau, der in der kleinen Arbeiterversammlung in der Engelsakademie redete, brachte kein Leben unter die Deute. Lebendig, es ist ein seltsam Spiel, in dieser Singakademie, wo sonst die feinsten Schöpfungen der Kunst erfließen, das nummige Reden der Agrarier zu erleben; diese Leute passen zwar doch nur in den Circus Busch.

Der Bündelvorsthende Breithart von Wangenheim — natürlich auch ein Bauer — hielt die Eröffnungsrede. Er sprach von der „angeblichen Fleischnot“ und bedauerte gezielt, daß die Regierung sich zu Maßnahmen gegen diese „angebliche Fleischnot“ habe drängen lassen. Über nun mußte die Regierung einhalten und darf sich um das Fleischnoten nicht weiter kümmern. Dann kamen — und dieser Ton durchdrang daran die ganze bündlerische Veranstaltung — grelle Verherrlichungen „unserer ersten Verlogenheiten“, Sr. Präfekt des Kaisers“ und ebenso heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Wie eigenartig der Breithart v. Wangenheim die Sozialdemokratie bekämpft, das zeigte er, indem er ausrief: Das deutsche Volk sollt sich auf die Muren einer Kraft befreien; ein tapferes Beispiel bietet der Herr der Lüfte; doch die gute türkische Armee verfügt, das haben die revolutionären Elemente verhindert, an deren Spitze dort dieselben stehen, die hier in der Sozialdemokratie die weiße Geige spielen“. Kampf bis aufs äußerste gegen die Sozialdemokraten — Schutz der Arbeitswilligen — Hoch das starke machtvolle Monarchie und Hoch das junge Brautpaar im Hollernhause — Hoch, Hoch, Hoch!

Dieselben Themen mit nicht viel anderen Wendungen wurden von den weiteren Bündelrednern, von Dr. Kühlweide und Dr. Nieberle Hahn, abgewandelt. Daß wiedentlich wurde der Beschuß gefasst, die Beiträge für den Bund zu erhöhen, eine Forderung, die mit Hinweis darauf begründet wurde, daß „die Sozialdemokratie“ die Landarbeiter erfolgreich zu organisieren begonnen habe. Schließlich fügte die agrarische Schar ihre Gedanken in eine Reihenfolge zusammen, in der die Heeresverstärkung und die Weiterführung unserer väterländischen Wirtschaftspolitik“ gefordert wird, in der ferne der Kampf gegen Sozialdemokratie und Liberalismus wie folgt angezeigt wird:

„Mit Sorge erfüllt und der Gang der immer noch politisch wichtigen Partei, wie die Demokratization auf fast allen Gebieten der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens vor sich macht, wird der größere Teil des Liberalismus im Kampfe gegen rechts, im Kampf nach der Sunf der Massen und heißt — oft im Gegensatz zu seiner eigenen besten Vergangenheit — mehr und mehr demokratische Forderungen aufnehmen, womit er lediglich der Sozialdemokratie Vorwurf leistet. Wir sehen, wie unsere Regierungen die Gefahren dieser Entwicklung nicht wahrnehmen können, es nicht gewahr werden, daß die Sozialdemokratie aufschwimmt einen Staat im Staate bildet und mit ihrem Terrorismus eine Position nach her erkämpft und erobert.“

Die agrarischen Bündler haben also noch immer einige Aufgaben. Da sie gegenwärtig nicht gut von neuen Befreiungen reden können, so machen sie den Leuten vor, daß die Sozialdemokratie eigentlich bestrebt ist ziemlich den halben Staat erobert habe und daß das so nicht weiter gehen kann.

Die Bündelbesitzer und die Bauern werden nach dieser

Veranstaltung im Circus Busch sich eiligst in das rauschende Leben der läbörlichen Reichshauptstadt gestürzt haben. Man darf es ihnen nicht verargen. Denn die Aufführung von Wangenheim und Hahn und Oldenburg war diesmal ganz und gar nicht amateurhaft...

Volles nimmt rapid ab und das Volk muß hungrig, damit die agrarischen Interessen Preise bekommen.“

Die Teuerung in England.

Von unserem Korrespondenten.

Ik. London, 16. Februar.

Das Arbeitsamt des englischen Handelsministeriums hat vor kurzem eine vergleichende Statistik der Preise der wichtigsten Nahrungsmittel in den Jahren 1912 und 1911 herausgegeben. Diese Statistik zeigt eine starke aufwärtssteigende Tendenz fast aller Lebensmittelpreise. Die Indexnummer, die den Durchschnittspreis aller Nahrungsmittel berechnet, wies in diesem Jahre eine Steigerung von 5,1 Prozent auf. Der Handelsminister hat nun diese Statistik auf die Anfrage eines Abgeordneten mit einer Gegenüberstellung der Preise im Jahre 1912 mit denen im Jahre 1905 ergänzt. Das Resultat zeigt, daß die frühere Statistik nur ein sehr unvollkommenes Bild von der erstaunlichen Teuerung bot, die in den letzten Jahren bei fast allen Lebensmitteln zu beobachten ist.

Wir stellen die Summe der Preise der wichtigsten Nahrungsmittel zwischen den Jahren 1911 bis 1912 und den Jahren 1905 bis 1912 im folgenden gegenüber:

	1911/12 1905-1912	1911/12 1905-1912
Tapete	18,8	78,1
Holzmehl	15,2	21,8
Marmelade	14,9	12,5
Kreis	11,8	19,7
Brot	10,5	2,9
Milch	9,0	26,5
Brot	9,1	4,4
Rindfleisch	7,5	14,5
Mehl	5,5	9,2
Speck	5,3	22,2
Butter	4,7	14,8
Hammonia	3,9	0,4
Eier	3,8	16,8
Milch	2,8	50,1
Schweinefleisch	1,6	6,1
Kartooffeln	0,9	10,4

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß die Aufwärtsbewegung der Preise im letzten Jahre nur eine Tellerscheinung einer schon seit mindestens sieben Jahren zu beobachtenden allgemeinen Teuerung ist. Die meisten Nahrungsmittel stiegen zwischen den Jahren 1905 bis 1911 sogar viel stärker im Preis als im Jahre 1911 bis 1912. Das gilt jedoch nur mit vier bemerkenswerten Ausnahmen. Die Preise von Marmelade, Brot und Hammelfleisch stiegen nämlich in dem einen Jahre 1911 bis 1912 viel stärker als in dem Zeitraum von 1905 bis 1911. Diese vier Nahrungsmittel spielten in der Haushaltung der englischen Arbeiterschlafwerden wohl eine viel größere Rolle als alle anderen. Und gerade diese, die bei der allgemeinen Teuerung bis zum Jahre 1911 fast allein von allen Nahrungsmitteln eingemahnt verschont blieben, sind in den letzten Jahren doppelt und dreifach so stark im Preis gestiegen als in der ersten Teuerungsperiode!

Diefer Umstand dürfte die Tatsache erklären, warum die Teuerung in England sich erst in den letzten zwei Jahren so schwer fühlbar macht, obwohl sie bereits viel älteren Datums ist.

Ginen guten Einblick in die fortgesetzte Steigerung der Lebenskosten in England gibt eine Aufstellung über die Kaufkraft eines Pfunds Sterling, die das Arbeitsamt des Handelsministeriums soeben einer Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Postdienst eingesehnen parlamentarischen Kommission geliefert hat. Die folgende Aufstellung gibt die Wertsteigerung eines Pfunds in den letzten 18 Jahren, wobei dessen Hälfte, bestimmte Quantitäten von 23 ausgesuchten Nahrungsmitteln zu kaufen, als Maßstab und das Jahr 1865 als Grundlage genommen wurde:

Jahr	Schilling Pence	Jahr	Schilling Pence	Jahr	Schilling Pence
1865	20	—	1901	18	4
1866	20	—	1902	15	8
1867	19	8	1903	17	11
1868	18	6	1904	18	—
1869	19	4	1905	17	11
1870	18	5	1906	18	—
1871	—	—	1907	17	7
1872	—	—	1908	17	2
1873	—	—	1909	17	8
1874	—	—	1910	16	11
1875	—	—	1911	17	—
1876	—	—	1912	18	5

Die Kaufkraft des Oberelterns ist also seit dem Jahre 1865 fast ununterbrochen gesunken und ist im Jahre 1912 niedriger als zu irgendeiner Zeit seit 1895. Der Arbeiter, der heute 20 Schilling die Woche verdient, kann sich für diesen Dohn heute nur so viel Nahrungsmittel kaufen, wie er im Jahre 1865 für 18 Schilling und 3 Pence kaufen konnte.

Stark und empfindlich, wie diese Teuerung der Lebenskosten in England ist, bleibt sie doch noch hinter der Teuerung in derzeitigen Zeitspanne in Deutschland weit zurück. Und der englischen Regierung kann wenigstens nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese aufwärtssteigende Tendenz der Lebensmittelpreise den Brot- und Fleischzuschüssen zuwidern noch durch künstliche Maßregeln gestoppt hätte. So kann kaum das englische Regierungsblatt Daily Chronicle in einem Bericht über die Fleischnot in Deutschland nicht folgendes feststellen: „Die beiden Fleischsorten, die vom Fleischzuschuss in Deutschland am meisten verzehrt werden, sind Schweinefleisch und Speck, und gerade diese beiden Sorten sind im letzten Jahre in viel höherem Maße gekauft als die anderen. Der Fleischzuschuss hat

Stillstand auf dem Kriegsschauplatze.

Um Gallipoli und Tschataldja herum ist es still geworden. Der Balkan meldet, daß seit drei Tagen vor Tschataldja und Gallipoli wegen schlechten Wetters und großer Schneefälle die Angriffe unterbrochen sind. Über kleinere Truppenbewegungen wird gemeldet:

Konstantinopel, 17. Februar. Die türkische Armee ist jetzt 30 Kilometer vor Tschataldja vorgedrungen. Die Bulgaren haben ihre Stellungen bei Tschotscha sowie die Ortschaft Osmann geschaut. Diese sind von den Türken besetzt worden. Die Bulgaren haben sich auf Sarabja und Majsch zurückgezogen.

Ende Febr. Versuche, bei Gallipoli Truppen an Landen, gelten als mißlungen. Es soll sich jetzt auf das Kriegsschiff Haireddin-Barbarossa begeben haben, weil er die Nachtwache nicht überwinden kann. Die ganze Expedition, die sich auf 40 Transportschiffen verteilt, liegt unfähig in der Nähe der Küste von Gallipoli verankert. Die Kriegsschiffe Torgut Reis, Haireddin-Barbarossa, Medjidiye und mehrere kleinere halten Woche über sie. Die Vorbereitungen zur Landung der Truppen waren, nach einer Londoner Meldung, vollkommen ungenügend. Die Bulgaren entdeckten, was vor sich ging, und die Türken muhten schleunigst auf ihre Schiffe zurück. Was man jetzt mit der aus etwa 25 000 Mann bestehenden Expedition vor hat, ist unbekannt.

Nach einer anderen Meldung ist Ende Febr., nachdem seine Truppen gegen seinen Oberbefehl demonstriert hatten, lebten Donnerstag wieder nach Konstantinopel zurückgetreten, wo ein Attentat gegen ihn verübt worden sei soll. Die Meldung lautet:

London, 17. Februar. Die Central News erhalten ein Telegramm aus Konstantinopel, wonach gestern abend ein Attentat auf Ende Febr. verübt worden sei. Ende Febr. wurde schwer verwundet.

Da das Attentat von der Jungtürken feindlichen Offiziersliga ausgehen dürfte, ist es ein krasser Beleidigung für die innere Herrschaft des türkischen Heeres.

Während auf dem Kriegsschauplatz ein Stillstand eingetreten ist, nimmt der bulgarisch-rumänische Streit eine ernste Entwicklung. Nach einer Meldung der Köln. Zeitung steht ein rumänischer Militär im atum unmittelbar bevor, nach dessen Ablauf der rumänische Generalstab abreisen wird. Darauf folgt dann, wie man in Sofia meint, der rumänische Einmarsch in das beanspruchte Gebiet. Eine bulgarische Gegenwehr sei nicht geplant, doch könnte ein Kriegswechsel sich von selbst ergeben, wie sich das Telegramm reichlich optimistisch ausdrückt.

Das bulgarische Regierungsorgan Wac schreibt sehr richtig: „Man kann jeden Augenblick entweder eine endgültige Verständigung oder den Bruch zwischen Bulgarien und Rumänien erwarten. Wir hoffen aber, daß die zwischen Rumänien und Bulgarien lange Zeit bestehende Freundschaft nicht einem Streit zum Opfer fallen werde; denn es erscheint unbegreiflich, daß zwei Männer, die Jahrhunderte hindurch friedlich nebeneinander gelebt haben, plötzlich wegen des Besitzes von Silistria in einen Konflikt geraten, durch den sie einen Abgrund von Hass zwischen sich schaffen würden, der beiden zum Fluch gereichen würde.“

Der Bruch des Wac gegen Griechenland. Konstantinopel, 17. Februar. Wie bekannt, hat die Wac wegen Überholung der türkischen und türkischen Flotte auf Kreta sowohl bei Griechenland als bei den Wächtern gesucht.

Der Bruch der Olympias. Konstantinopel, 17. Februar. Den Botschaften ist heute vom Komitee zur Verteidigung der Interessen der Russen in Griechenland und zu sowjetischen ein einvernehmen überreicht worden. Darin wird die Autonomie des Griechenlandes gefordert, die die einzige Garantie für Leben, Güter und Religion besteht.

Russland und Österreich.

Petersburg, 17. Februar. Das Bestreben Österreichs, die Balkanstaaten von Rückland dadurch zu trennen, daß man sie zu Europa hinüberlegt, erregt hier großes Missfallen. Nach der heutigen Ansicht sind die Balkanstaaten nach wie vor die natürlichen Verbündeten Russlands, und wenn Rückland die Balkanstaaten gegen die Balkanstaaten regeln sollte, so wird Rückland wieder der Balkanländer werden. Wie Russland von diplomatischer Seite erachtet haben will, ist der russische Botschafter in London energisch bestrebt, ein genügend großes Territorium vom heutigen Gebiet der Südossetien und Kaukasus zu gewinnen. Besonders der Südossetien und Kaukasus ist dies der russischen Regierung bereits gelungen, und man hofft, auch die Südsibirien für Wonsenegro und Dibris und Dibris für Sibirien zu gewinnen.

Österreichische Mobilisationsmaßnahmen. Wien, 17. Februar. Die geplante gemeinsame Ministerkonferenz beginnt mit einer Darstellung der bisherigen Lage durch den Großen Botschafter, die, wenn auch die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aller zwecklosen Probleme besteht, eine Verstärkung der getroffenen Maßnahmen nicht zuläßt. Das für diese Maßnahmen aufgestellte

wieder aus politischen Gründen abgesehen. — Aus Rom wird gemeldet: Eine Interpellation wegen der Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten gab gestern Anlaß zu tumultuari- schen Szenen auf der Piazza Colonna und dem Monte Citorio. Als Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen wurde, gescheute sich die Menge, ohne daß es zu ernsten Zwischenfällen kam.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische "Panamist"-Prozeß.

Budapest, 17. Februar. Am Montag begann der Prozeß des Ministerpräsidenten Lukacs gegen den geweissen Staatssekretär Dehler, welcher bekanntlich am 18. September 1912 den Ministerpräsidenten den größten Panamisten der Welt genannt hatte. Bei der Verhandlung ergab sich ein Rekordduell zwischen Staatsanwalt und Verteidiger. Der Verteidiger vertritt die Ansicht, daß ein Panamist ein Mann sei, der, gleichviel ob in eigene Tische oder zum Wohl seiner Freunde, seiner Bekannten oder seiner Partei, Panamogeschäfte abschließe. Der Staatsanwalt stellte sich hingegen auf den Standpunkt, daß der Ministerpräsident Lukacs nur dann ein Panamist genannt werden könne, wenn er die vier Millionen, um die es sich hier handelt, zu eigenen Zwecken vermaut hätte. Zum Schluß der Verhandlung verlangte der Oberstaatsanwalt Einschränkung des Beweisverfahrens, da er genug Grund hat zu befürchten, daß bei der Verhandlung die Panamogeschäfte des Ministerpräsidenten vollständig bewiesen würden.

Die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Amerika.

Zum Aufstande in Mexiko.

New York, 17. Februar. Madero telegraphierte hierfür Wogenlautern, er befürchte die Situation und könnte die Ausländer schützen, falls sie der Gefahrenzone fernbleiben. Das geistige Telegramm an Taft erklärt, die Landung von Truppen der Union würde eine bedauerliche Maßnahme sein, einen noch schrecklicheren Aufruhr als den gegenwärtigen entzünden und furchtbare Folgen haben. Der Herald veröffentlicht Aussagen vor dem Senatokomitee, wonach die Revolution Madero gegen Diaz in New York finanziert wurde. Madero habe sich der Standard Oil Company gegenüber verpflichtet, daß Pennzoil-Syndikat, ihre Konkurrenz, zu unterstützen.

Neuport, 17. Februar. Nach einem Telegramm aus Mexiko diente ein heftiger Kampf von 8 Uhr abends bis heute mittag. Viel Feuer ist nach Beratung abgezettet.

New York, 17. Februar. Nach einem Telegramm aus Brownsville (Texas) ist die mexikanische Stadt Matamoros heute früh ohne ernstlichen Widerstand in die Hände der Aufständischen gefallen.

Mahnungen der Vereinigten Staaten.

Washington, 17. Februar. Durch die Ankunft der beiden Dreadnoughts Vermouth und Nebraska in Vera Cruz wird die Zahl der dort zur Verfügung stehenden Matrosen und Gesoldeten auf 2500 verstärkt. Am verschiedenen Schiffstationen an den atlantischen Küsten ist Viecht ergangen, wobei Abteilungen von Seesoldaten nach Philadelphia zu entlassen, wohin ein Transportschiff beordert ist. Es sollen 2000 Mann dort zusammengezogen werden, die nach Guanajuato gehen werden. Staatssekretär Knox hat alle Kontrolle in Mexiko angewiesen, der Handelsförderung Karlsruhe, daß die Politik der Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber unverändert bleibe.

Die Wirkung der Militärvorlage.

Die neue Militärvorlage ist noch nicht da, aber die internationellen Wirkungen, die sie haben muß, beginnen bereits, sich einzustellen. Sie werden nicht weniger verhängnisvoll sein als die Wirkungen des Weltkriegs zur See, in dem jetzt durch die Verbesserungen der Beziehungen zu England eine Pause eintreten soll. Die deutschen Rüstungen haben ein allgemeines Weltkriegs zur Folge gehabt und das Verhältnis zu England viele Jahre hindurch außerordentlich unruhig gestaltet. Die neuen Rüstungen zu Lande werden den lieberhaften Eifer der Militärischen in allen Ländern und verschärfen aufs neue den deutsch-französischen Konflikt.

In der französischen Presse hat eine wilde Kampagne für die Verstärkung der Wehrkraft der Republik eingesetzt. Das Deutschland gegen Auhland durch Österreich gedeckt ist, können viele Franzosen die neue deutsche Militärvorlage nicht anders verstehen denn als unmittelbare Bedrohung ihres Landes. Sie sehen in den deutschen Rüstungen weiter nichts als die Vorbereitung zu einem neuen deutsch-französischen Krieg und erwägen die Mittel, um trotz der numerischen Überzahl der Deutschen dem befürchteten deutschen Angriff standhalten zu können. Als eines dieser Mittel wird die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gepriest — ein schöner Fortschritt! Auch die Bildung einer schwarzen Armee wird wieder ernsthaft in Erwähnung gezogen. Vor allem aber richten sich die Blicke hoffend und verlangend auf England, und man begrüßt die Propaganda des Lord Roberts für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht als Beginn der Befreiung von einem als durchbar empfundenen Druck. Dreijährige Dienstzeit, schwarze Soldaten in einem europäischen Krieg, allgemeine Wehrpflicht in England, das sind die Aussichten, die durch die neue Militärvorlage für Europa eröffnet werden!

Die angebliche Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht läßt sich aber den Engländern gar nicht anders plausibel machen als durch die möglichst grelle Ausmalung der „deutschen Gefahr“ und wenn der dem Militärismus außerst abgeneigte Engländer eines Tages wirklich die Finten auf den Rücken nimmt, so wird er das nur tun mit einem Glückschlag gegen Deutschland, das ihm solche Lasten aufzutragen. So dürfte die frühe Fülle der deutsch-englischen „Antitilität“ im neuen Sturm des Rüstungsbeisers nur zu bald wieder erfrieren. Wie in Deutschland wissen oder glauben zu müssen, daß die deutsche Regierung mit ihrer Militärvorlage keine Angriffsabsichten verfolgt. Einen Krieg vom Hause zu brechen — das Risco wäre für die herrschenden Mächte des Reiches zu groß. Aber erstaunlich ist es nicht, daß man im Ausland besorgt nach dem Wieso? und Warum? der deutschen Militärvorlage fragt. Erstaunlich wäre es nur, wenn es anders wäre. Aber wenn die deutsche Regierung keine Angriffsabsichten geht, dann ist es unverantwortlich von ihr, ein Verbot an den Tag zu legen, das man sich außerhalb des Reiches anders als mit solchen Angriffsabsichten gar nicht erklären kann. Vor einem Jahr war das, was die letzte Militärvorlage bot, weiters ausreichend, heute findet man, daß man neuer Verstärkungen der Wehrmacht dringend bedarf. Was aber hat sich inzwischen, namentlich in den deutschen Beziehungen zu Frankreich, geändert? Sie waren, wenn anders, seit dem Ablauen der Wirtschaftskrise höchstens um etwas verbessert, sie werden jetzt, wie ein Blick in die Pariser Presse zeigt, abermals auf Empfindlichste verschärft.

Die Einbringung der Militärvorlage wird einer der größten Fehler sein, die in der auswärtigen Politik Deutschlands seit Jahren begangen worden sind.

Französische Anstrengungen.

Paris, 17. Februar. Ministerpräsident Briand hat erklärt, daß die veröffentlichten Anträge über eine Verstärkung der Rüstungen verfehlt sind. Eine Einigung ist in den Hauptpunkten erzielt worden, doch seien die Einzelheiten der Vorlage noch nicht ausgearbeitet. Der Hammer werde noch vor Ostern bezüglich der Rüstungen eine Vorlage zugehen, deren Kosten sich auf 500 bis 600 Millionen Franc belaufen, die auf 4 bis 5 Jahre verteilt werden sollen. Die Altersfeste zur dreijährigen Dienstzeit für alle Waffengattungen wird für zweijährig gehalten.

Volkswirtschaft.

Agrarier und Kohlenwucher.

K. Graf Rantz versteht sich im Reichstag längst zu der Behauptung, die sozialdemokratische Presse gehe einer Kritik der vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonsortium betriebenen Kohlenberieselung aus den Weg. Diese seltsame gräßliche Lage, deren Vollholigkeit sich aus der Durchsicht irgendeines sozialdemokratischen Blattes ergibt, läßt sich nur daraus erklären, daß Graf Rantz ein leidenschaftlicher Kämpfer sozialdemokratischer Zeitungen ist und anstrebt, den Verleumdungen Glauben schenke, die konervative Blätter über die Tätigkeit der Sozialdemokratie plausibel verbreiten.

Je rücksläßiger die Konferenzen großkapitalistische Politik betreiben, um so lärmhafter bemühen sich die konservativen Demagoguen, im Vande eine Komplikation gegen das Großkapital zu machen. Dabei scheinen sie auch nicht davor zurück, andere Parteien der Riebedienste für das mögliche Finanz- und Industrie-Kapital zu beschuldigen, die in Wirklichkeit von den Kunden und ihren politischen Eideshütern betätigt worden sind. Gerade in der Stellungnahme zu der Kohlenberieselung läßt sich das Zeichen des konservativen Demagogentums deutlich der folgen. Vor einem Jahre etwa richtete die konservative Presse ebenfalls einen Artikel gegen die Bergarbeiterkost, sie verdächtigte und verleumde die Bewegung der Bergarbeiter, sie schrie förmlich nach gewaltfester Unterordnung des Kreises im Ruhrgebiet, weil deutsche Bergarbeiter sich gegen die schimpfliche Behandlung durch das konsolidierte Kohlenkapital wehrten, und in der Zeit der schweren Leistung ohne vorher gestiegen, sie sind so glorios wie nie zuvor. Riebedienstwucher haben die Kohlenmagnaten definitiv ab 1. April für das Jahr 1913/14 eine erneute Belohnung beschlossen, und zwar nicht nur für Industrieleute, sondern auch für Haushaltshölzer. Selbst der preußischen Regierung, die dem Kohlenkapital genüßlich sympathisch gegenübersteht, ging diese Profitier über die Rutschmutter. Im Herbst vergangenen Jahres löste der preußische Verfassungssenat seinen Vertrag mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonsortium, weil die Sonderklasse gegen den Überschreiter der Verträge des Staates die weitere Erhöhung der Preise für Haushaltshölzer befürchtet hatten. Man kann auf eine Gegenüberstellung der Preise, aus denen sich er sieht, wie unberichtig die leichten Verleumdungen angeht, der überschwellenden Preisberichtigungen und Verdächtigungen, verzichten, einmal sind zur Genüge bekannt, dann aber ist es auffallend, daß auf die Verleumdung der Regierung zu berufen, daß die Preisberichtigungen des Sonderkaps nicht zu rechtfertigen und unverantwortlich sind. Bei der Hingerichtung, mit der die preußische Regierung dem Kohlenkapital zu dienen gewollt ist, kann niemand ihre Unberichtigkeit in diesem Halle angewiesen.

Während die Konferenzen nun draußen im Lande über die unerhörte Weltwirtschaft des Kohlenkonsortiums schimpfen, unterliegen sie im preußischen Landtag alles, um durch eine zweckmäßige Politik des Bergfiskus den Auschreibungen des Sonderkaps entgegenzu treten. Jetzt aber hat das konservative Doppelspiel seinen Höhepunkt erreicht: in der Budgetkommission des preußischen Landtags hat sich ein Vertreter der konservativen Parteien gegen den Auschreibung des Bergfiskus aus dem Kohlenkonsortium gewandt. Draußen werden die konservativen Kultoren weiter gegen den Kohlenwucher wettern, um die Freundschaft mit der Schwerindustrie fest zu knüpfen, so sorgen die Jünger und ihre Garde dort, wo sie die Macht haben, auch die Geschöpfe des Kohlenwuchers.

Wetterbericht von der Wetterküste an der Friedrich-August-Brücke vom 18. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.
Thermometer -2° R.
Thermometerograph: Min. -9°, Max. -2 1/2°.
Higrrometer 65%
Wasserstand -86 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarst

für den 19. Februar.

Aufströmende Winde; sonst keine Aenderung.

Wetterlage: Das Luftdruckmaximum befindet sich mitten über Skandinavien und bildet einen Ausläufer, der bis nach Ostdeutschland reicht. Unter dem Einfluß des leichten Westen in Mitteldeutschland heiteres Wetter mit tiefen Temperaturen. Dieser Druck lagert über dem Mittelmeer, der selbst bei einer Ausdehnung nach Norden eine wesentliche Änderung des Wetters nicht bringen wird.

Sport- und Wetterbericht vom 18. Februar 1913.

Witgeteilt v. Verein zur Förderung Dresdens u. des Fremdenverkehrs.

Ort	Geograph. Länge m	Temperatur °C	Sonne- wir- ken cm	Sportverhältnisse für Nobel	SG	Witterung
Altendorf	750	-13	1-10	gut	gut	wolkenlos
Annaberg	802	-4	—	—	—	do.
Augustusburg	506	-6	bis 10	—	—	do.
Bad Elster	491	-9	—	—	—	do.
Bärenfeld	700	—	—	—	—	—
Eibenstock	660	-8	—	—	—	do.
Fichtelberg	1214	-17 bis 100	sehr gut	sehr gut	sehr bewölkt	wolkenlos
Görlitz	200	-12 bis 10	—	—	—	wolkenlos
Hohenwarte	800	-12 bis 10	ungünstig	möglich	do. bis 100	wolkenlos
Kipsdorf	584	-12 bis 10	ungünstig	—	—	wolkenlos
Oberwiesenthal	918	-11 bis 20	gut	gut	do.	windstill
Oybin	580	-12	—	—	—	—
Pleihenhain	778	-18	—	—	—	—
Schöna	768	-12	—	—	—	—

Sportzüge vereinbar am Samstag nicht.

Letzte Telegramme.

Die Tafel- und Messgedär.

Berlin, 18. Februar. (Bridgetelegramm.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags erklärte das Centrum, daß es seinen pleiderierten Antrag auf Beschreibung der Tafel- und Messgedär der Marineoffiziere zurückziehe. Es brache dafür einen neuen Antrag ein, der besagt, daß die Tafel- und Messgedär nur an Offiziere, Beamte oder Soldaten gezahlt werden sollen, die an Bord Dienst tun. Sogenannte blinde Tafelhelder dürfen nicht gezahlt werden. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das Centrum hat damit seinen Rückzug vor dem Staatssekretär v. Lipps angekündigt, der bekanntlich erklärt hat, er würde sein Amt niedergeben, wenn der ursprüngliche Centrumsvortrag angenommen werden würde.

Zum Streit der Minenräuber.

Berlin, 18. Februar. Bis gestern hatten von dem Personal der Dampfschiffe auf der Havel, Oder und Elbe über 3000 Dampfschiffen und Dampfer etwa 5000 Dampfer die Arbeit eingestellt.

Der Rüstungsappell in Frankreich.

Paris, 18. Februar. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit dem vom Tempé angekündigten Regierungspläne zur Vermehrung und Verstärkung des französischen Heeres. Fast durchweg wird die Überzeugung ausgesprochen, daß das Land die zu seiner Sicherheit erforderlichen Kosten willig auf sich nehmen werde. Die nobilare Lanterne schreibt: Wir wollen hoffen, daß weder eine Partei, noch ein Politiker gegen die Notwendigkeit des Opfer Einspruch erheben wird. — Der Figaro will wissen, daß in Bezug auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit keinerlei Einschränkungen vorgenommen werden. Es heißt sogar, daß die Streitkräfte zu vermehren, ähnlich wie es mit der Kriegsflotte geschehen ist. Wir werden die Aufstellung eines auf fünf Jahre zu verteilenden Militärsprogramms verlangen, dessen Kosten auf etwa 800 Millionen geschätzt werden. Die Frage der Militärdienstzeit werde gegenwärtig geprüft. — Peitsche République schreibt: Die bauende Verbesserung des deutschen Heeres muß seitens der französischen Regierung aufgezeigt werden. Nicht ohne Bedenken wird man auf eine schnelle Antwort hinarbeiten. Nicht ohne Bedenken wird man die Kriegsfähigkeit in den Abgrund des bewaffneten Friedens hineinfallen lassen. —

Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 18. Februar. In Kreisen des Marineministeriums steht gestern abend Beschluß um, daß die Bulgaren nach hartnäckigem Kampfe die Forts Victoria und Kapoion genommen hätten. — Das bei Karaburne am Schwarzen Meer ausgegangene kriegerische Panzerschiff der Askania-Terpsikore gilt für verloren, da es zu kostspielig sein würde, es abzubringen. Die schweren Geschütze sind an Bord geblieben, die leichten sind geborgen.

Der Brand in Konstantinopel. — Friedensfälle.

Konstantinopel, 18. Februar. Der Brand in Istanbul war gestern abend gegen 11 Uhr nicht gelöscht. Er entzündete sich von der Hagia Sophia und nahm die Richtung auf die Moschee des Sultans Achmet und das Hippodrom. 200 Häuser sollen bereits eingestört sein.

Man versteht, daß Osvaldo Posa nach London gehen werde, falls die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden würden. Der Großfürst erschien gestern bei dem Komitee für die nationale Verteidigung und hielt eine Ansprache, in der er das Werk des Komitees lobte und die Notwendigkeit, eins zu sein, herorhob. Unter Auspicio auf seine Friedensfreundlichen Erklärungen sagte er, ein Volk dürfe nicht alle seine Gedanken auf den Krieg richten, sondern müsse auch die Zukunft des Landes berücksichtigen.

Die bulgarischen Angaben über die türkischen Verluste bei Gallipoli überstehen kein; jedoch wird in Kreisen der Flotte zugestanden, daß zwei Divisionen, die vor Gallipoli einen Angriff auf die Bulgaren machten, zurückgeworfen wurden und 380 Tote und viele Verwundete verloren hatten.

Eine idyllische Gemeinde.

Paris, 18. Februar. Aus Bonifacio (Sardinia) wird gemeldet: Die Gemeinde von Pie-de-Croce war gestern abend der Schamplatz eines durch politische Freiheiten verursachten blutigen Aufstands. Mehrere dem gegenwärtigen Gemeinderat feindlich gesetzte Wähler erschienen auf dem Bürgermeisteramt und verlangten die Vorlegung der Wahlergebnisse. Inhaft ihrem Ansuchen folgte zu geben, jener der Bürgermeister und vier seiner Anhänger auf die Leute Violeschüsse ab und versetzten ihnen Dolchstiche. Drei Personen, darunter der Bürgermeister, der von einer feinen Gegnerin zugedachten Angst getroffen wurde, erlitten schwere Verletzungen. Die Gendarmerie nahm fünf Verhaftete in Besitz.

Ein wünschenswertes Ergebnis.

London, 18. Februar. Der Daily Telegraph schreibt: Es muß bemerket werden, daß im Gegenvorte zu anderen Haupthäfen Berlin genutzt ist, die Lage ziemlich optimistisch zu betrachten, und es gilt noch immer, daß die Wilhelmstraße mit der

Soziald. Verein Dresden-Alst.

Freitag den 21. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: Restaurant Burgkeller, Jüdenhof 1
2. Gruppe: Restaurant Starke, Zöllnerstraße 35
3. Gruppe: Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16
4. Gruppe: Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Ritterbergstraße
6. Gruppe: Restaurant Vormann, Schnorrstr. 62
7. Gruppe: Sport-Ecke, Pfortenhauerstraße 77
8. Gruppe: Restaurant Nähnig, Zwingerstraße 31

Tages-Ordnung:

Bericht des Vorstandes.

Mitgliederbuch ist vorzugeben. □

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Dresden.

Mittwoch den 26. Februar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Volkshauses, Ritterbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Die Organisation und die Agitation unserer Filiale.
2. Erledigung der Anträge aus der Generalversammlung.
3. Gewerkschaftliches.

Die Versammlung wird öffentlich eröffnet. Die Mitgliederbücher sind am Saaleingange vorzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Sarrasani
Telephon 17760 und 17812

L 1000
Heute
Dienstag
7½ Uhr: Gala-Abend

Am morgigen Mittwoch fällt die Vorstellung aus.

Vorverkauf: An der Circuskasse
Im Warenhaus H. Herzfeld
In sämtlichen Zigarettengeschäften von L. Wolf.

Erschienen ist:

**Protokoll des ausserordentlichen
Internat. Sozialisten-Kongresses
zu Basel**

am 24. und 25. November 1912

Preis 40 Pf.

Zu besorgen durch die
Volksbuchhandlung, Große Zwingerstraße 16.

4. Wahlkreis.

Bezirk Radebeul, Kötzschenbroda und Umg.

Sonnenabend den 22. Februar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
in der Goldenen Krone in Radebeul:

Großer Theaterabend

Zur Aufführung gelangt:
Mutter Landstrasse. Volksschauspiel in drei Akten.Eintrittskarten 25 Pf. für jeden Platz müssen bei großen
Antritten sofort in folgenden Stellen entnommen werden:
Kontumverein, Gartstraße und Bahnhofstraße; Restaurant
Gembraus, Sidonienstraße; Metallarbeiterbüro.

[B148]

„Vier Jahreszeiten“. Radebeul.

Donnerstag den 20. Februar, abends 7 Uhr [K 242]

Großes Frühlings-Fest

durchgeführt „Die Löbnitz im Blütenenschmuck“.

Grosser Sommernachts-Ball.

Eintritt im Vorberlauf 75 Pf. An der Kasse 1 M. Galerie 50 Pf.

Geselliger Verein „Edelweiss“

Trachenberge.

Freitag den 21. Februar im Saalhof „Zum wilden Mann“

Gr. Familien-Abend

Bestehend in großem humoristischem Konzert, ausgeführt von
den Humoristen und Sängern Strzelewicz.

Großartige Warenlotterie. — Feiner Ball.

Sachen ohne Ende. [L 228/2]

Eintritt 8 $\frac{1}{2}$, Uhr. Anfang 7 $\frac{1}{2}$, Uhr. Ende 9 Uhr.Karten für Mitglieder und ihre Angehörigen sind bei den
Vorstandsmitgliedern zu entnehmen.

Zahlreichen Freunden steht entgegen. Der Vorstand.

[L 228/2]

Von dieser äusserst wichtigen Versammlung erwarten zahlreiche
und plüntrliche Besuch.

Der Verwaltung.

[L 228/2]

Achtung! Achtung!

Mittwoch den 19. Februar im
Richters Restaur.

Kleinenhof 1 [K 330]

Preis - Schiessen

Herr Fleisch- u. Wurstwaren

Klubbüche gehabt. Um an-

reichen Besuch bittet Der Vorstand.

P. Schützes Restaurant

Bischofsweiher 84 [B142]

Sessensitz am 22. Februar der 23. Febr.

Bockbier - Rummel.

Es laden freundlich ein

Paul Schütze u. Frau.

Rest. Reisewitzer Park

Tharandter Straße — Inh. P. Böhlich

empf. keine Vorahnung einer gesellig-
keit.

Wiederholung. Vorzug. Mittagstisch.

Gesellschaft Strzelewicz

Adresse: B. Strzelewicz

Dresden-Wachwitz Paulniger Str. 14.

Barren-Rad elegant, gauz bill. zu

Damen-Rad verlaufen. Böhmisches

Straße 35, Mittelb. I. r. F. Handl.

Zu den Einsegnungen:

Konfirmanden-Kleider

schwarz, div. Stoffe, Wert bis 20.00, Räumungspreis

9.75

Konfirmanden-Kleider

Kammari-Cheviot, aparte Verarbeitung

12.75

Konfirmanden-Kleider

schwarz Crêpe oder Papeline, hochelagante Ausführung

15.75

Entlassungs-Kleider, kleidsame Verarbeitung

13.50

Konfirmanden-Wäsche

Konfirmanden-Handschuhe und -Tücher

Konfirmanden-Wäsche für junge Leute

extra billig!

Aufsehenerregend billig! Kleiderstoff- Reste —

Ludwig Bach & Co. Wettiner
Strasse 3.

Allgem. Krank.-u. Sterbekasse d. Metallarbeiter

Verwaltungsstellen Dresden-Pieschen, Trachau und Übigau.

Freitag, 21. Februar, abends 9 Uhr, in Vogels Etablissement, gr. Saal

Öffentl. Versammlung

für alle in der Metallbranche beschäftigte Arbeiter und deren Angehörige.

Vortrag über die Reichsver sicherungsordnung. Ref.: Arbeiter-

sekretär Genosse Bück — Debatte.

Verwaltungsstelle Dresden-Pieschen.

Sonnenabend den 1. März, abends 9 Uhr, im kleinen Saal des obengenannten Etablissements

Mitglieder-Versammlung

Auf Grund der wichtigsten Tagesordnung ist es Wunscher eines jeden

Mögliches, dafür zu agitieren und plüntrig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung Dresden-Pieschen.

Mittwoch (Wochtag) den 19. Februar, abends 9 Uhr, im großen Saal des Kristallpalastes, Schönheitstr. 45

Öffentlicher Vortrag

Thema: Servileides u. Servileben. Referent: Herr A. Drechsler,

Naturheilkundiger. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Bei Anmeldung zur

Mitgliedschaft 2 Vereinen frei. Um zahlreichen Besuch bitten

Naturheilverein Dresden-Fr. Der Gesamtverband.

Arbeitsucher Stenographenverein Apollonbund

Stenographie-Unterrichte

beginnen Sonnabend den 22. Februar im Auditorium Chemnitzer

Hof, Schönstr. 81 u. Dienststr. 20. Ref.: Carl Thümmler, Apollonbund.

Gtr. 4, abends 9 Uhr. Unterrichtsgebühr 10 Pfenn. Preis der Schrift, 2 Pf.

Fachbuchhandlung, Dresden.

Freie Turnerschaft, Klotzsche

M. d. A. T. II.

Sonntag den 28. Februar im Obergericht

6. Stiftungs-Fest

Konzert, innerische Aufführungen und Ball.

Beginn 4 Uhr. Antrittsgebühr 7 Uhr. Ende 1 Uhr.

Es lädt freundlich ein.

Der Turnrat.

Gesellschaftsheim, Dresden-Alst.

Sommerabend, 8 Uhr.

Gesellschaftsheim, Dresden-Alst.

Sächsische Angelegenheiten.

Sterblichkeit und Geburten in Sachsen.

Bewerbenwerke vergleicht über die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Landestellen Sachsen entwölft der vor kurzem erschienene Jahresbericht des Landesstatistischen Amts. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, daß im Jahre 1910 die mittlere Sterblichkeitsziffer des Landes 4.871 100 betrug. Lebend geboren wurden 120 100, tot geboren 4688, während 72 251 Personen starben. In den letzten Jahren deutliche Rückgang der Fruchtbarkeit und eingewandert den im übrigen Reich festgestellten Ziffern der Sterblichkeit liegt auf 0,5 gegen 0,01 Prog. im Vorjahr, bei dem Sterblichkeit dagegen auf 0,08 gegen 0,06 Prog. im Jahre 1909. Anfolgendem ist die Bevölkerungszunahme von 1.28 Prog. im Jahre 1909 auf 1.21 Prog. im Berichtsjahr zurückgegangen. Die Fruchtbarkeit hat in allen Regierungsbezirken abgenommen, am meisten in den Regierungsbezirken Chemnitz und Dresden, und jetzt um 1,9 pro Mille. Zugleich hatte der erstmals genannte Bezirk auch im Berichtsjahr mit 20,7 pro Mille die relativ höchste Geburtenziffer aufzuweisen, während dieses Mal die Kreishauptmannschaft Dresden mit 24,5 pro Mille am leichtesten steht. Von den Kreishauptmannschaften hatte die Geburtenziffer nur in den Bezirken Annaberg und Chemnitz zugenommen; an dieser Stelle steht, wie 1909, der Bezirk Chemnitz mit 38,8 pro Mille im Vorjahr, zugleich die Fruchtbarkeit in diesem Bezirk am meisten abgenommen hat. Bei den beiden Marienberg und Döbeln differiert die Geburtenziffer gegen das Vorjahr um — 0,8 pro Mille. Unter den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern weist wiederum Chemnitz mit 36,9 pro Mille die höchste Geburtenziffer auf; daneben im Jahre 1909 an leichter Stelle stand, kommt diesmal an zweiter Stelle; aus letzterer ist Hofenstein-Ernstthal verdrängt und an die fünfte Stelle verpriesen worden. Die letzte Stelle nehmen Bautzen und Pirna mit je 19,7 pro Mille ein. Das Verhältnis unter den drei Großstädten ist fast gleich wie im Vorjahr: Dresden mit die niedrigste Chemnitz die höchste Geburtenziffer auf. Der Rückgang der Geburten betrug in den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern 1,5 pro Mille, in den kleineren Städten und Landgemeinden 1,4 pro Mille; es besteht also kein großer Unterschied zwischen beiden Gruppen.

Rund den Veröffentlichungen des Rats, Statistischen Amtes über die Ergebnisse des Bevölkerungsvergleichs ist ein Rückgang der länglich Befundenen und eine Zunahme der Kinderzuzugshäufigkeit, aber auch eine Abnahme der Untergangshäufigkeit im Laufe des letzten Jahrzehnts zu bemerken gewesen. Nach der Kreisstatistik hatte die größte Sterblichkeit die Kreishauptmannschaft Chemnitz mit 17 pro Mille, die niedrigste die Kreishauptmannschaft Leipzig mit 10,5 pro Mille. In allen Kreishauptmannschaften ist die Sterblichkeitsziffer zurückgegangen. Dasselbe gilt im allgemeinen auch von den Medizinalbezirken; nur in den beiden Weißer, Riesbach und Oelsnitz hat die Sterblichkeit zugenommen. Die meisten Todesfälle, 19,2 pro Mille, fanden im Kreisamt Glauchau vor, die wenigsten, 12,9 pro Mille, im Kreis Dresden-Stadt. Der Medizinalbezirk Oelsnitz, der im Vorjahr an leichter Stelle stand, ist an die sechste Stelle gerückt. Von den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern hatten im Berichtsjahr 42 Städte höhere Sterbezahlen als im Vorjahr. Von diesen nimmt Schneeberg mit nur 21,6 pro Mille die erste Stelle ein. Die niedrigste Sterblichkeit hatte Pöhlwitzberg mit 12,4 pro Mille. Von den drei Großstädten steht Leipzig mit einer Sterblichkeit von 18,7 pro Mille ebenan, ihm folgen Chemnitz und Dresden mit 14,8 bzw. 18,1 pro Mille. Von den ländlichen Bezirken hatte die niedrigste Jena Glauchau mit 24,4 pro Mille die größte Mortalität. Die Veränderungen in den Bevölkerungsvergängen ergaben bei Verlust von Geburten und Todesfällen einen Überschuß von Geburten, der am größten in der Kreishauptmannschaft Annaburg mit 14 pro Mille gegen 16 pro Mille im Vorjahr war. Die einzige Bevölkerungszunahme weist wiederum die Kreishauptmannschaft Bautzen mit 9,7 pro Mille auf. Unter den Medizinalbezirken steht Löbau den geringsten Geburtenüberschuss mit 7,6 pro Mille, während Leipzig-Land mit einem Überschuß von 19,5 pro Mille den ersten Platz eingenommen. Von den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern hat Moritzburg den größten Geburtenüberschuss, während Pirna von der ersten Stelle im Jahre 1909 auf die fünfte herabgerückt ist. Die niedrigsten Geburten zeigten 1909 Bautzen mit 4,4 pro Mille und Frankenberg mit 4,7 pro Mille, im Berichtsjahr dagegen Pirna mit 2,9 pro Mille und Mittweida mit 3,6 pro Mille. Die Großstädte ordnen sich hinsichtlich des Geburtenüberschusses in der Reihenfolge Chemnitz 13,6 pro Mille, Dresden 8,4 pro Mille und Leipzig 5,8 pro Mille. Bei den Landgemeinden ergibt sich dasselbe Bild wie im vorhergehenden Jahre. Als Gefamtschulzustand ergibt sich innerhalb der Städte mit 8000 und mehr Einwohnern ein Geburtenüberschuss von 9,9 pro Mille, bei den kleineren Städten und Landgemeinden von 18 pro Mille.

Berührungslinie „Jugendrettung“.

Seitdem der Kampf gegen die Arbeiterjugend offiziell begonnen wird, glauben auch einige Schulbehörden, die Kinder des Proletariats den Arbeitervereinen fernhalten zu müssen. Insbesondere hat man geglaubt, auf Grund einer samschen Schulordnung, nach der die Jugendabteilung der Fortbildungsschule zu irgend welchen Vereinen von der Genehmigung des Schuldirektors abhängig ist, diesen Schülern die Jugendfreiheit zu Arbeitsturn- und -bildungvereinen verbieten zu müssen und gegen die, die sich diesem Verbote nicht gefügt haben, Polizei strafen zu verhängen. Dabei hat sich herausgestellt, daß diese Schulordnungen einer gerichtlichen Radierung wenig standhalten; denn sowohl gegen diese Strafen gerichtliche Entscheidung beantragt wurde, sind sie aufgehoben und die Verordnungen als zu Unrecht bestehend bezeichnet worden. Auch das Kreisgericht Landgericht hatte sich als Verurteilunginstanz mit zwei dieser Fälle zu beschäftigen. Der erste Fall liegt bereits einige Wochen zurück; er betrifft zwei Fortbildungsschüler in Neubaußen, die entgegen dem Verbot des Schuldirektors dem Arbeiterturnverein weiter angehört hatten und deshalb in eine Geldstrafe von je 3 Mark genommen worden waren. Die Schüler fanden diese Strafe an und wurden vor dem Schöffengericht Sayda auch freigelassen. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Verurteilung ein, die Witte Dezember 1912 vor dem hierigen Landgericht zur Verhandlung gelangte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Klemm, machte hier geltend, daß, abgesehen davon, daß der Richter nicht öffentlich bekannt gemacht worden war, eine Schulbehörde auch gar nicht berechtigt sei, Polizeistrafen zu verhängen; denn als Schulstrafe könne nur Strafen angehängt werden. Das Gericht ging dem letzteren Argument aus dem Wege und sprach die Anklagungen wegen nicht öffentlicher Bekanntmachung der Schulordnung frei. In einem zweiten Falle handelt es sich gleichfalls um zwei Fortbildungsschüler aus Hinterzettendorf, denen das Turnen im Arbeiterturnverein vom Schulvorstand verboten wurde und die wegen zweimaliger Übersetzung dieses Verbots zu insgesamt je 10 Pf. Geldstrafe verurteilt worden waren. Auf eine bestrittene gerichtliche Entscheidung hin wurde die Strafe vom Schöffengericht Charlott als zu recht bestehend anerkannt. Gegen dieses Urteil legten die Schüler Verurteilung ein, die am 16. Februar vor der Verurteilunginstanz des Landgerichts zur Verhandlung stand. Der Verteidiger, Rechts-

anwalt Läschner, machte hier geltend, daß eine Schule keine Verordnungen erlassen dürfe, die dem Zweck der Schule zuwiderlaufen. Sie habe mit ihm kein Recht, Polizeistrafen zu verhängen, was hier geschehen sei. Hinzu kommt, daß die Schulordnung nur mittels Befehl und somit nicht genügend bekannt gegeben wurde. Außerdem werde durch eine solche Verordnung das Reichsgesetz außer Kraft gesetzt. Turnen sei aber nicht nur eine Schulzweig, sondern werde auch von erwachsenen Menschen geliebt. Er beantragte deshalb Freispruch. Oberstaatsanwalt Nebenroth ließ es dahingestellt sein, ob die Verordnung zu recht erfolgt sei. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekannt gegeben werden, daß sie ein jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung aus dem Jahre 1878 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen

Sächsische Angelegenheiten.

Sterblichkeit und Geburten in Sachsen.

Gemeindewerte Vergleiche über die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Landesteilen Sachsen's entstehen der vor kurzem erschienene Jahresbericht des Landesstatistischen Instituts. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, daß im Jahre 1910 die mittlere Bevölkerungsgröße des Landes 4.871.100 betrug. Lebend geboren wurden 1.391.100, tot geboren 450.000, während 22.251 Personen starben. Bei den lebenden Personen bestand die Hälfte der Sterblichkeit und entzogen den im übrigen Reich registrierten Räumen der Sterblichkeit hat auch im Verhältnis angehalten. Es belief sich bei letzterer sogar auf 0,6 gegen 0,11 Proz. im Vorjahr, bei der Sterblichkeit dagegen auf 0,8 gegen 0,02 Proz. im Jahre 1909. Infolgedessen ist die Bevölkerungsanzahl von 1,29 Proz. im Jahre 1909 auf 1,21 Proz. im Verhältnis zurückgegangen. Die Sterblichkeit hat in allen Regierungsbezirken abgenommen, um weiter in den Regierungsbezirk Chemnitz und Zwickau, und zwar um 1,9 pro Mille. Tropfheim hatte der erheblichste Verlust aus dem Verhältnis mit 3,7 pro Mille die relativ höchste Geburtenrate aufzuweisen, während dieses die Kreischaupräfektur Dresden mit 24,5 pro Mille an letzter Stelle steht. Von den Kreischaupräfekten hatte die Geburtenziffer nur in den Bezirken Annaberg und Lößnitz abgenommen, an letzter Stelle steht, wie 1909, der Bezirk Chemnitz-Land mit 38,8 pro Mille gegen 38,9 pro Mille im Vorjahr, trophem die Sterblichkeit in diesem Bezirk am meisten abgenommen hat. Bei den Bezirken Marienberg und Döbeln bestand die Geburtenziffer gegen das Vorjahr um — 0,8 pro Mille. Unter den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern zeigt wiederum Chemnitz mit 36,0 pro Mille die höchste Geburtenziffer auf; ferner das Jahr 1909 an letzter Stelle stand, kommt diesmal an zweiter Stelle ist Hohenstein-Ernstthal verändert und an die dritte Stelle versetzt worden. Die letzte Stelle nehmen Bautzen und Pirna mit 19,7 pro Mille ein. Das Verhältnis unter den Großstädten ist fast gleich wie im Vorjahr; Dresden misst die niedrigste, Chemnitz die höchste Geburtenziffer auf. Der Rückgang betrifft in den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern 1,8 pro Mille; es besteht also kein großer Unterschied zwischen beiden Kategorien.

Auch den Veröffentlichungen des Kais. Statistischen Amtes über die Ergebnisse des Heeresbergangsstatistik ist ein Rückgang der kugeligen Bestandteile und eine Zunahme der Kinderzählungen, aber auch eine Abnahme der Untauglichen im Laufe des letzten Jahrzehnts zu bemerken gewesen. Nach der Krankenstatistik hatte die größte Sterblichkeit die Kreischaupräfektur Leipzig mit 17 pro Mille, die niedrigste die Kreischaupräfektur Weimar mit 14,9 pro Mille. In allen Kreischaupräfekten ist die Sterblichkeitssatz zurückgegangen. Dasselbe gilt im allgemeinen auch von den Kreischaupräfekten; nur in den beiden Kreisen, Auerbach und Leisnig hat die Sterblichkeit zugenommen. Die meisten Todesfälle, 19,2 pro Mille, fanden im Kreischaupräfekt Glashausen vor, die wenigsten, 12,9 pro Mille, im Kreischaupräfekt Dresden-Reichenbach. Der Kreischaupräfekt Leisnig, der im Vorjahr an letzter Stelle stand, ist an die dritte Stelle gerückt. Von den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern hatten im Verhältnis 42 Städte höhere Sterbegriffe als im Vorjahr. Von diesen nimmt Schneeberg mit nur 21,8 pro Mille die erste Stelle ein. Die niedrigste Sterbegriff hat Weißwasser mit 12,4 pro Mille. Von den drei Großstädten steht Leipzig mit einer Sterbegriff von 18,7 pro Mille obenan, ihm folgen Chemnitz und Dresden mit 18,4 bzw. 18,1 pro Mille. Von den kleineren Bezirken hatte auch dieses Jahr Glashausen mit 20,4 pro Mille die größte Mortalität. Die Veränderungen in den Bevölkerungsveränderungen ergaben bei Vergleich von Geburtenstätten und Todesstätten einen Überschluß von 18.200, der am größten in der Kreischaupräfektur Zwickau mit 14 pro Mille gegen 15 pro Mille im Vorjahr war. Die gesetzliche Bevölkerungsanzahl zeigt wiederum die Kreischaupräfektur Bautzen mit 9,7 pro Mille auf. Unter den Kreischaupräfekten steht den geringsten Geburtenüberschuss mit 7,6 pro Mille, nämlich Leipzig-Land mit einem Überschluß von 15,5 pro Mille den ersten Platz einnehmend. Von den Städten mit 8000 und mehr Einwohnern hat Wittenberg den größten Geburtenüberschuss, während Pirna von der ersten Stelle im Jahre 1909 auf die fünfte herabgerückt ist. Die niedrigsten Geburten zeigten 1909 Bautzen mit 4,4 pro Mille und Frankenberg mit 4,7 pro Mille, im Verhältnis jedoch Pirna mit 2,9 pro Mille und Mittweida mit 2,8 pro Mille. Die Großstädte ordnen sich hinsichtlich des Geburtenüberschusses in der Reihenfolge Chemnitz 12,8 pro Mille, Dresden 8,4 pro Mille und Leipzig 5,8 pro Mille. Bei den Kleinstädten ergibt sich dasselbe Bild wie im vorhergehenden Jahre. Als Gesamtergebnis ergibt sich innerhalb der Städte mit 8000 und mehr Einwohnern ein Geburtenüberschuss von 9,8 pro Mille, bei den kleineren Städten und Kleinstädten von 18 pro Mille.

Berungsklasse „Jugendrettung“.

Seitdem der Kampf gegen die Arbeiterjugend offiziell beginnen wird, glauben auch einige Schulbehörden, die Kinder des Proletariats den Arbeitervieren fernzuhalten zu müssen. Insbesondere hat man geglaubt, auf Grund einer sinnlosen Schulordnung, nach der die Zugehörigkeit der Fortbildungsschule zu irgend welchen Personen von der Genehmigung des Schuldirektors abhängig ist, diesen Schülern die Zugelassenheit zu Arbeitertum, Sport- und Bildungsbereichen verbieten zu müssen und gegen die, die sich diesem Verbot nicht gestellt haben, Polizeistrafen verhängt. Dabei hat sich herausgestellt, daß diese Verordnungen einer gerichtlichen Radikalisierung wenig standhalten, denn sowohl gegen diese Strafen gerichtliche Entscheidung beantragt wurde, sind sie aufgehoben und die Verordnungen als zu Unrecht befindlich bezeichnet worden. Auch das Freiberger Landgericht hatte sich als Berufungsinstanz mit zwei dieser Fälle zu beschäftigen. Der erste Fall liegt bereits einige Wochen zurück; er betrifft zwei Fortbildungsschüler in Neudauern, die entgegen dem Verbot des Schuldirektors dem Arbeitervierten weiter angehören sollten und deshalb in einer Geldstrafe von je 3 Mark genommen werden waren. Die Schüler folgten diese Strafe an und wurden vor dem Schöffengericht Sayda auch freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Verurteilung ein, die Mille Dezember 1912 vor dem sächsischen Landgericht zur Verhandlung gelangte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Klein, machte hier geltend, daß, abgesehen davon, daß der Richter nicht öffentlich bekannt gemacht worden war, eine Schulbehörde auch gar nicht berechtigt sei, Polizeistrafen zu verhängen; denn als Schulstrafe können nur kurzer angelehen werden. Das Gericht ging dem letzteren Argument aus dem Wege und sprach die Anklage wegen nicht öffentlicher Bekanntmachung der Schulordnung frei. In einem zweiten Falle handelt es sich gleichfalls um zwei Fortbildungsschüler aus Hinterhermsdorf, denen das Turnen im Arbeiterviertenverein vom Schulvorstand verboten wurde und die wegen zweimaliger Übertrittung dieses Verbotes zu insgesamt je 10 Pf. Geldstrafe verurteilt worden waren. Auf eine belanglose gerichtliche Entscheidung hin wurde die Strafe vom Schöffengericht Karlsruhe als zu recht befunden erklärt. Gegen dieses Urteil legten die Schüler Verurteilung ein, die am 16. Februar vor der Berufungsinstanz des Landgerichts zur Verhandlung stand. Der Verteidiger, Rechtsanwalt

Klein, machte hier geltend, daß eine Schule keine Verordnungen erlassen dürfe, die dem Zweck der Schule widersprechen. Sie habe mindestens kein Recht, Polizeistrafen zu verhängen, was hier geschehen sei. Hingu kommt, daß die Schulordnung nur mittels Aufzettel und somit nicht genügend bekannt gegeben wurde. Außerdem wurde durch eine solche Verordnung das Reichsgebot außer Kraft gesetzt. Turnen sei aber nicht nur eine Schuldisziplin, sondern werde auch von erwachsenen Personen geführt. Er beantragte deshalb Freispruch. Oberstaatsanwalt Rebenstorff ließ es dahingestellt sein, ob die Verordnung zu recht erfolgt sei. Die Schulordnung aus dem Jahre 1918 gebe dem Schulvorstand das Recht, im Interesse der Schulzucht solche Strafen zu verhängen. Sofern jedoch eine Schulverordnung Polizeistrafen erlässt, müßte sie so bekanntgegeben werden, daß sie an jeder zu Gesicht bekomme. Das sei hier nicht geschehen, und darum müsse das Urteil aufgehoben werden. Dem schloß sich das Gericht an. Die Schulordnung ermangelte der formellen Voraussetzung. Da sie Befehlsstrafen vor sieht, hätte ihre Veröffentlichung gemeinsam mit dem Schulvorstand das Recht, die Strafe verhängen zu lassen. Aber es fehlt die Befreiung, daß sie einem jeden Mitglied bekannt wurde. Da das nicht geschehen, müsse Freispruch erfolgen.

Auch hier ging das Gericht der Entscheidung, ob Schulen Polizeistrafen verhängen dürfen, offenbar aus dem Wege.

Bürgermeister Dr. Roth freigesprochen.

Die Sache gegen den Burgstädtler Bürgermeister hat vor dem Landgericht in Chemnitz als Berufungsinstanz einstweilen einen Abschluß gefunden. Es hatten sich seither einige Prozesse entwickelt, die dazu angezogen sein sollten, den Bürgermeister auch in seinem Amt unmöglich zu machen. Daß der Fabrikant Winkler zu 1500 M. Strafe verurteilt worden war, dekretete die Segner Roth. Sie erfuhr, daß er an das Chemnitzer Gericht in Borna über einen der Zeugen in jenem Prozeß einen Scheitel gerichtet habe, worin die Behauptung aufgestellt war, daß dem Zeugnis dieses Zeugen keine Bedeutung beizulegen sei, da er schon wiederholt bestraft worden sei. Die Strafen wurden einzeln ausgeführt. Außerdem habe der Zeuge eine Urkundenschildung begangen und sei nur wegen Verjährung freigesprochen worden.

Diese Behauptungen sah der Fabrikant Krebschmar als Beleidigung an, und das Schöffengericht in Burgstädt kam zu einer Verurteilung des Bürgermeisters zu 200 M. Strafe. Aber das Landgericht. Es hob das Urteil auf, sprach Dr. Roth frei, wies die Berufung des Bürgers zurück und brachte ihm sämtliche Kosten auf. Das Gericht billigte dem Verlagten den Schutz des § 193 zu. Er habe den Brief nicht in beleidigender Absicht geschrieben, sondern um sich vor weiteren Nachstellen zu bewahren. Er war berechtigt, diesen Brief an das Chemnitzer Gericht zu schreiben.

Nun liegt die Zeile gegen Roth schwer in der Klemme.

Der freigesprochene Nebstaats-Major.

Zu der aufsehenerregenden Freisprechung des Majors Weinhauer, der als Nebstaats-Major des Kaiserlands schwere Verleidigungen gegen die Lehrer verübt und unter anderem auch von einer solchen Sorte Lehrer gedrehten hatte, bemerkte der aufsehenerregende Freisprechende des Majors Weinhauer, der als Nebstaats-Major des Kaiserlands schwere Verleidigungen gegen die Lehrer verübt und unter anderem auch von einer solchen Sorte Lehrer gedrehten hatte, bemerkte der Leipziger Lehrerzeitung noch besonders, nachdem geschildert worden ist, wie die Sache dem Militär zugekehrt wurde und alle Wehrschulen nichts genutzt haben: „Auf den in der Privatlage entblößten Schulen trug hin eröffnete das Militärgericht nunmehr ein Offizialverfahren gegen den beklagten Nebstaats-Major a. D. Weinhauer. Seitdem das Landgericht die Wehrschule wegen Überweiterung der Klage an die Militärrichtstube abgewiesen hat, haben die zehn Alteher und ihr Anwalt von der Sache nichts wieder gehört. In dem Offizialverfahren ist keiner von ihnen als Zeuge vernommen worden, keiner hatte irgend welche Kenntnis davon, daß die Militärrichtstube weitere Schritte unternommen und daß am Montag den 11. Februar 1913 gegen den Nebstaats-Major a. D. Weinhauer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 23. Division in Dresden stattfand. Erst durch die Tageszeitungen wurde sie davon unterrichtet.“

Nachdem das Leipziger Lehrerblatt alsdann einen Bericht über die Gerichtsverhandlung wiedergegeben hat, bemerkte es dazu noch: „Was wir vorausshagten, ist also eingetreten: eine Anzahl Offiziere, die sich von berufswegen nicht mit Politik befassen sollen, haben als Richter am Gericht gelesen über die Frage der Schulgelehrte und das Verhältnis der konserватiven Partei, die ja, wie die Presse des Leipziger Lehrerblatts mit dem konserватiven Landgerichtsrat Dr. Wangler und dem konservativen Verein vereinigt, mit dem konservativen Landgerichtsrat Dr. Wangler und dem konservativen Verein vereinigt, die sie dem Militär zugekehrt wurde und alle Wehrschulen nichts genutzt haben: „Auf den in der Privatlage entblößten Schulen trug hin eröffnete das Militärgericht nunmehr ein Offizialverfahren gegen den beklagten Nebstaats-Major a. D. Weinhauer. Seitdem das Landgericht die Wehrschule wegen Überweiterung der Klage an die Militärrichtstube abgewiesen hat, haben die zehn Alteher und ihr Anwalt von der Sache nichts wieder gehört. In dem Offizialverfahren ist keiner von ihnen als Zeuge vernommen worden, keiner hatte irgend welche Kenntnis davon, daß die Militärrichtstube weitere Schritte unternommen und daß am Montag den 11. Februar 1913 gegen den Nebstaats-Major a. D. Weinhauer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 23. Division in Dresden stattfand. Erst durch die Tageszeitungen wurde sie davon unterrichtet.“

Nachdem das Leipziger Lehrerblatt alsdann einen Bericht

über die Berufung eines Soldmanns vom sächsischen Oberlandesgericht beantragt worden. Ein gewisser Seemann in Klingenthal stand in dem Huze, ein Geldmünze zu sein. Im Winter 1910-11 wurde er von einem geldbedürftigen Kaufmann R. ausgeschafft und um solches Geld gegen Bezahlung gebeten. Er bestellte den Mann nach Wartburgkreis und ließ ihm dort durch einen Dritten, den „Auer“ genannt, ein Auktum mit darüber niedergeschriebenen österreichischen Banknoten im Betrag von vielen Tausenden von Kronen sehen. Die beiden Männer verlangten 600 M. für das Auktum und gaben sich, da der Kaufmann diese Summe nicht mit hochführte, mit 50 M. Anzahlung zufrieden. Der Rest von 550 M. sollte in einigen Tagen auf der Klingenthaler Landstraße gegen Rückzahlung des Auktoris mit den sächsischen Banknoten übergeben werden. Der Kaufmann bestellte den Auktor mit der sächsischen Banknote, die beiden Männer hielten sie zusammen und erwartete die Banknoten (es waren tatsächlich solche!) gezeigt und darauf das Auktum verschlossen. Die Vorlesung bestätigte sich das Auktum brachte dann den „Auer“ mit dem sächsischen Banknote mit 50 M. Anzahlung zufrieden. Der Rest von 550 M. bezahlte mit den sächsischen Banknoten übergeben werden. Nachdem das Landgericht Bautzen die Strafe bestätigt hatte, wandte sich der Angeklagte mit einer Revision an das Oberlandesgericht, gelangte machend, da der Auktor ist begangen worden, als er das Reichsgericht noch nicht als Urteil aufgeführt habe. Die Revision wurde jedoch kostenpflichtig verworfen.

Radeberg. Rat und Schulausschuß zu Radeberg hatten beschlossen, mit Rücksicht auf das gegenwärtige, ganz außerordentlich kurze Schuljahr die Oberlehrungen in diesem Jahre auszufallen, um den Unterricht bis zum Schluss des selben fortsetzen zu können. Das Kultusministerium hat aber hierzu die Genehmigung nicht erteilt. Die Schulegungen müssen daher abgehalten werden.

Leipzig. In der heutigen Sitzung der Bezirksversammlung der Amtschaupräfektur Leipzig wurde mit 19 gegen 10 Stimmen der Bevölkerung, im Halle der Einverleibung der Orte Leutzsch, Schönau und Rosau von der Stadt Leipzig eine Abfindungsumme von 230.000 M. zu verlangen. Der Rat hatte 150.000 M. angeboten. Der Bezirkshausschuh verlangt also 80.000 M. mehr. Damit sind den Einverleibungsplänen neue Schwierigkeiten entstanden.

Mulna. Stadtbaudirektor Otto Fiede, der wegen Dienstlicher Verfehlungen seines Amtes entlassen worden war, hat sich heute in seiner Wohnung entschlossen, als er nach der Rücksicht seine Sachen übergeben sollte. Fiede, der aus Döbeln stammt, war 36 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Kaunberg. Die letzte Städterverordnetenversammlung beschloß, für die Schulkinder beim Bahnhof Abonnement von 8 Mark für das Kind einzurichten und die jahrlängliche Behandlung zu erleichtern. Für Kinder, deren Eltern nicht mehr als 1200 M. Einkommen im Jahre haben, werden die Kosten auf die Schulfasse übernommen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Wie gefährlich es unter Umständen ist, Wehrsäger und Kartenräuber aufzufinden, mag jetzt eine Arbeitersfamilie in Döbeln-Ernstthal namens Krause erfahren. Um sich die Zukunft liegen zu lassen, beschufte vor einigen Wochen die beiden amtierenden Fahnen stehende Eltern aus ihrer Wohnung eine Wohnecke eine Kartensägerin. Die Auskunft muß aber nicht gut gewesen sein, denn die junge Frau und Mutter dreier Kinder wurde seit dieser Zeit gemischt und mußte schließlich dem vorangegangenen Wohneck überweichen werden. Nach mehrwöchigem Aufenthalt hat sich aber ihr Aufenthalt verlängert, und die Wohnecke am Freitag früh nach der Feierabend-Goldspitze übergeführt werden mußte. — Den mehrfachen Spätabendnern der Umgebung von Bautzen in der Nacht zum Sonntag ist vergangene Nacht ein weiteres gefolgt, indem eine vor der Stadt an der Neulitzer Straße gelegene, mit Galer, Dach und Stroh reich gefüllte, massive Scheune der Heinleinischen Viehgroßhandlung in folge Brandstiftung ein Raub der Flammen geworden ist. Auch viele landwirtschaftliche Maschinen und ein Traktorwagen sind mit verbrannt. Der große Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Am Sonnabend brach, wie schon kurz gewiebet, im Hotel Stadt Karlshof in Oberweißenbach ein verbergender Brand aus, der das Hauptgebäude des Hotels vollständig, das andre zur Hälfte in Flammen legte. Viele Antenar und die Säulen der Freitreppe sind zerstört worden, trocken erließet bei weiterem Aufenthalt bei sich aber ihr Aufenthalt verlängert, und die Wohnecke am Freitag früh nach der Feierabend-Goldspitze übergeführt werden mußte. — Den mehrfachen Spätabendnern der Umgebung von Bautzen in der Nacht zum Sonntag ist vergangene Nacht ein weiteres gefolgt, indem eine vor der Stadt an der Neulitzer Straße gelegene, mit Galer, Dach und Stroh reich gefüllte, massive Scheune der Heinleinischen Viehgroßhandlung in folge Brandstiftung ein Raub der Flammen geworden ist. Auch viele landwirtschaftliche Maschinen und ein Traktorwagen sind mit verbrannt. Der große Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Am Sonnabend brach, wie schon kurz gewiebet, im Hotel Stadt Karlshof in Oberweißenbach ein verbergender Brand aus, der das Hauptgebäude des Hotels vollständig, das andre zur Hälfte in Flammen legte. Viele Antenar und die Säulen der Freitreppe sind zerstört worden, trocken erließet bei weiterem Aufenthalt bei sich aber ihr Aufenthalt verlängert, und die Wohnecke am Freitag früh nach der Feierabend-Goldspitze übergeführt werden mußte. — Am Sonnabend abend gegen 9 Uhr wurde auf dem Güterbahnhof in Bautzen der Eisenbahner Hoflöschwagen schwer verletzt aufgefunden. Er mußte nach dem Güterbahnhofe transportiert werden. Der Verunglückte war beim Überqueren der Gleise zwischen zwei Wagen geraten und erstickt worden. — In Höhne (Kreis Kamenz) brannte ein Wohnhaus nieder. Dabei kam ein Kind in den Flammen um. Andere Versionen konnten ihr Leben nur mit Rücksicht retten. So liegt Brandstiftung vor.

Stadt-Chronik.

Ein Mittelhändler über Konsumvereine!

In einer Sitzung des Einkaufsvereins der Kolonialwarenhändler G. m. b. H. Bonn a. Rh. hat Herr Dr. Peters einen Vortrag über das Thema: „Wir und die Genossenschaften“ gehalten. Die Deutsche Handelskundschau, das Organ des Verbandes deutscher Kaufmännischer Genossenschaften, bringt den Vortrag im Abdruck, der auch über die Konsumvereine Bemerkungen enthält, wie man sie von dieser Seite nicht gewohnt ist. Der Redner führt nach dem Bericht aus:

„Es gibt tatsächlich auch heute noch Leute, die glauben, mit möglichst viel Aufwand von Druckerschwärze, durch Abholen von Protestversammlungen, durch Schimpfen über die bösen Noten und den „hartherzigen“ Staat die Konsumvereinsbewegung zurückzutreiben zu können. Wollten diese Leute sie doch mal ehrlich fragen, was haben wir nun erreicht mit unserem Gezeter? Uebertall bei den Segnern entschieden hochzittern. Ihnen haben sie nichts geschehen, eher im Gegenteil. Hätte man von vornherein von der ganzen Sog der Konsumvereine überzeugt, so hätte man sie leichter besiegt. Denn sie hat auch das Recht der Selbstverteidigung, wenn sie gegen irgendeinen Schutz bedarf. Wenn sie gegen irgendeinen Schutz bedarf, kann sie eben nicht auf dem Standpunkt der Rechtsgesetze bestehen. Sie kann nicht zur Bekämpfung des Konsum-

vereine, sondern zur eigenen Verbesserung verwandt, der Erfolg wäre gröber und der Schaden, den man sich mit seinem Jammern selbst angerichtet, nicht so groß. Welch fläglichen Eindruck macht es zum Beispiel, wenn fürtümlich ein Blatt, das sich zu den ersten Hochblättern des Colonialwarenhandels zählt, mit grimmiger Freude den Konkurs eines winzigen Konsumvereins konstatiert! Wieder einer pleite! Einer pleite, ja, und wieviel neue! Wieder neue Mitglieder mag in dem einen Monat die deutsche Konsumvereinsbewegung gewonnen haben? Nein, so ist wirklich nichts auszurichten. Man verscheue sich einmal ohne Voreingenommenheit in die Lage eines Arbeiters. Was liegt für den Mann mit seinen 4 bis 5 M. Tagesverdienst und vielleicht 6 bis 7 Kindern näher als das Bestreben, sein Einkommen möglichst zu erhöhen und gut zu verwenden? Das eine führt ihn zur Bildung von Gewerkschaften. Die Lohn erhöhung hilft aber nichts, wenn die Ausgaben weiter steigen. Also steht sich der Arbeiter um, wie er seine Ausgaben einschränken bezügl. für sein Geld mehr erhalten kann. Und wenn er glaubt, dieses Ziel im Konsumverein zu erreichen, so ist es töricht, ihm Egoismus vorzuwerfen. Das müssen wir bei der Frage, ob Konsumverein oder Detailgeschäft, festhalten: Wenn wir nicht in der Lage sind, dem Käufer hinsichtlich der Preiswürdigkeit und Qualität dasselbe zu bieten, dann werden wir bald erscheinen, das wir nicht

zu bieten, dann werden wir bald erledigt, daß wir existiert haben. Denn die Frage, ob Konsumverein oder Detailgeschäft, tritt nicht nur an den Arbeiter heran. Für den ist sie zum großen Teil bereits erledigt. Auch der kleinere und mittlere Beamte, der Handwerker, der Bauer, alle gehen uns verloren, wenn wir dem Konsumverein gegenüber der wirtschaftlich schwächeren Partei sind. . . . An den Konsumvereinsladen sind die Käuser gesesselt, denn es ist ihr eigenes Geschäft. Dazu kommt die ausgezeichnete Reklame, die die sozialdemokratische Partei, und auch die Gewerkschaft für die Konsumvereine machen. Zweifellos ist ein großer Teil ihres Erfolges durch die „Parteidräle“ zu erklären. Aber der Konsumverein verfaßt doch keine „roten“ Heringe, keinen „roten“ Kaffee, keinen „roten“ Zucker, sondern Heringe, Kaffee und Zucker, und sollte er in der Lage sein, diese Ware billiger abzugeben als in Privatgeschäften, dann mag er trotz eines auf die Knochen, auf jeden Fall ist er uns überlegen und dann macht ihn nicht seine rote Haut, sondern seine wirtschaftliche Überlegenheit für uns gefährlich. . . . Und jetzt zur Rückwendung für uns. Wir müssen, wenn wir ehrlich sind, zugeben, so wie wir jetzt sind, sind wir nicht mehr modern. Es gibt Besseres, bedeutend Besseres. Soll es in Zukunft noch private Geschäftsräume geben, dann dürfen dies keine Konkurrenten mehr sein. Auch das Zusammensetzen mit den „lieben Kollegen“ am Stammtisch rettet uns nicht. Genossen werden müssen wir, aber nicht nur im juristischen Sinne als Mitglieder einer Genossenschaft, nein, auch die ethischen Werte, die in diesen Begriffen liegen, müssen wir uns ganz zu eigen machen.

Es gibt gar nicht wenige Leute, die behaupten, der Kleinhandel ist sein eigener Feind, dadurch, daß der Kleinhandel, speziell die Kolonialwarenbranche, für manche Leute, die anderwärts nicht unterkommen können, vogelfreies Gebiet ist, dadurch rückt sich der Kleinhandel selbst zugrunde. Die Zersplitterung wird immer größer, der Umsatz des einzelnen sinkt, und zum Schlus lebt keiner, aber alle möchten leben. Auf diese Weise leistet der Kleinhandel dem Aussauge-Prozeß durch den großen Betrieb den besten Vorschub. Es ist Tatsache, daß die Zahl der Lebensmittelgeschäfte sich zweimal so schnell vermehrt, als es dem Wachstum der Bevölkerung entspricht. Ja, wer will denn anders hier helfen, als die Genossenschaft? Mit der Gewerbebefreiheit sind wir nun einmal beschert worden, daran ist nichts zu ändern. Die Genossenschaft aber soll den wirtschaftlich fähigen Teil der Geschäfte einen, stärken und so leistungsfähiger machen, daß die Beamten, Arbeiter, und was sich sonst noch alles zu unseren "Collegen" zählt, allmählich einsehen, daß sie neben dem regulären Kleinhandel doch zu schlecht abschneiden, und daß der Schuster am besten bei seinem Leisten bleibt. . . . Die wirtschaftliche Entwicklung geht weiter, die großen Gesetze der Wirtschaftsgeschichte wirken ausnahmslos und unerbittlich, und diese Gesetze verlangen nun einmal Ausbildung des wirtschaftlichen Entbehrliehen, also entweder auf den Wagen oder unter den Wagen, etwas anderes gibt es nicht. Das Auf-den-Wagen-heben erwarten wir von unserer Genossenschaft."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Es fängt an zu
dämmern in Mittelstandskreisen. Die gelehrten Herren Sachs-
and und Genossen mögen einpaden mit ihrer Weisheit.

Pfadfinder als Rennreiter. -

Man schreibt uns: Zu welchen Mitteln die Macher der genannten nationalen Jugendbewegung greifen, um die „Erziehung“ der Jugend zu betreiben, ist des öfteren schon berichtet und nicht nur von uns, sondern auch von bürgerlicher Seite getadelt worden. Die Behörden unterstützen jedoch die mehr oder weniger als Spielerei zu bezeichnenden Dinge. Als recht bedenklich müssen wir es bezeichnen, wenn man die lädtischen Feuerwachen den Pfadfinder-Abteilungen als Tummelplatz zur Verfügung stellt. — Am Sonnabend den 15. d. V. gegen 5 Uhr nachmittags berichtete auf der Feuerwache Schlüterstraße reges Leben. Eine Pfadfinder-Colonne tummelte sich dort in Weisein eines Feuerwehrföhrlers. Schlauchwagen wurden aus einem Schuppen gezogen, Schlauchleitungen über den Hof in das innere Gebäude und nach den Kellerräumen gelegt. Hydranten wurden aufgeschraubt und mit Bedienungsmannschaft besetzt. Den jungen Leuten, von denen einige mit Glacéhandtüchern ihre Arbeit verrichteten, mache die ganze Sache, die zu bemerken war, reichen Spuk; sie trug allerdings durchaus den Charakter einer törichten Spielerei. — Für die Hilfsbereitschaft der Feuerwehr können solche Spielereien bei einem eftendem Feueralarm sehr störend wirken. Das Ausstellen einer Löschfuge kann unter Umständen recht verärgert werden. Auch wäre die Frage zu stellen, ob der Rat der Arbeiterjugend ähnlich gestalten würde, wenn diese das wünschte.

Eine Einbrecherbande

tonnie von der Kriminalpolizei in der Nacht zum Sonntag in Vorstadt Trachau verhaftet werden. Am Donnerstag war an der dortigen Gaskanzlei aus beobachtet worden, wie unbekannte Männer etwas auf einem Feld zwischen der Industrie- und Gaußstraße vergruben. Als später an der Stelle nachgefragt wurde, entdeckte man verschiedene zum Teil moderne Einbrecherwerkzeuge. Der Fund wurde dem Kriminaldetachement Trachau übergeben, aber wieder an der Stelle zurückgebracht und das Gelände unauffällig kontrolliert. Am Sonnabend gegen 12 Uhr nachts

erschienen die drei Unbekannten wieder, um ihr Diebeswerkzeug zu holen und dann in der in der Nähe gelegenen Fabrik von Starke und Weinrebe einen großen Einbruch zu verüben. Als die Diebe bemerkten, daß sie entdeckt waren, verluden sie zu flüchten. Es gelang aber schließlich, die drei nach einer tollen Jagd festzunehmen. Wie die Personalfeststellung ergab, handelte es sich um einen Eisenbahnarbeiter Hempel, einen Zimmermann Siegel und den Arbeiter Fritsch. Diese 30 bis 32 Jahre alten wohnungslosen Einbrecher wurden bereits von der Polizei gesucht. — Bei einem Händler in Weichen erschien der Dachdecker und Gelegenheitsarbeiter Ernst Wilhelm Jäckel und bot diesem nicht weniger wie vier Handwagen zum Verkauf an. Da Jäckel gewissermaßen erst Hörung nahm, so schöpfte der Händler Verdacht und ließ den Handwagenverkäufer durch die dortige Polizei verhaften. Im Besitz des Jäckel wurden verschiedene Werkzeuge vorgefunden, die zum Teil bei Einbrüchen in Leuteritz und Steglitz erbeutet worden sind. Wer in den letzten Tagen und Wochen Bauhandwerkzeug, Sägen, Hammer, Zangen usw. von Jäckel gekauft hat, weiß Kenntnis hat, wo die Handwagen eingestellt sind, der sollte sofort dem nächsten Gendarmen Mitteilung machen. Vermußlich handelt es sich um die in Döllglichen und Dresden gesicherten Handwagen.

Schichten und Fleischverkauf. Die Stadtverordneten hatten den Rat ersucht, in der über das Schlachten nach jüdischem Ritus zu erlassenden Bekanntmachung die Vorschrift des § 3 zu streichen, die besagt, daß in Geschäftsräumen und sonstigen Verkaufsstellen, in denen Fleisch von geschächterten Tieren gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten wird, an einer in die Augen fallenden Stelle die deutliche, nicht verweichbare Inschrift „Verkauf von Fleisch geschächterter Tiere“ angebracht werden muß. Der Rat will diesem Erfuchen nicht stattgeben, sondern die Vorschrift des § 3 aufrecht erhalten, jedoch an Stelle des Wortes „geschächtet“ die Worte „rituell geschlachtet“ setzen.

Mehr Zic.t. Die Einwohner des Bismarckplatzes haben um Verbesserung der dortigen Straßenbeleuchtung durch Einführung elektrischer Beleuchtung nachgefragt. Der Rat will jedoch, da die Einführung elektrischer Beleuchtung mit Mühsicht auf den dort vorhandenen dichten Baumbestand nicht zweckmäßig erscheint, eine Verbesserung der Gasbeleuchtung durch tausendserige Niederdruck-Startlicht-Lampen sowohl auf dem Bismarckplatz im Hufe der Reichstraße wie auf der Reichsstraße zwischen Bismarck- und Reichsplatz herbeiführen.

Genosse Eindermann bezog heute auf zwei Monate Staatsquartier an der Mathildenstraße, unfreiwillig natürlich. Er sollte in einer Versammlungsszene den Militarismus so gesträubt haben, daß der Staatsanwalt unseren Genossen anklagte und das Gericht ihn selbstverständlich verurteilte. Auf welche Weise die deutsche „Freiheit“ wieder einmal deutlich illustriert wurde. — Wir hoffen, daß Genosse S. frisch und ununter aus der Staatspension zurückkommt. — Nunnehr brümmten gegenwärtig zwei Männer aus der Dresdner Volkszeitung, und zwar sind Redaktion und Expedition gleichmäßig beteiligt.

Die Bedeutung der körperlichen Erziehung für die Arbeiterschaft. Dieses Thema behandelt im Auftrage des Deutschen Metallarbeiterverbandes in einer Reihe von Lichtbildvorträgen Gundestruppi Koppisch aus Leipzig. Der erste dieser Vorträge fand Montag abend im Gasthof Bieschen statt und war recht gut, besonders von jungen Leuten, besucht. Der Vortragende behandelte nach kurzen allgemein einleitenden Worten an der Hand von ca. 80 Lichtbildern in populärer, ansprechender Form die Anatomie des menschlichen Körpers, zeigte den ungünstigen Einfluss einseitiger gewerblicher Tätigkeit, die Gefahren und Schäden des Berufsliebens, um dann, auf diesem Grunde weiterhandend, die Erziehung des Körpers zur Schönheit, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, den segensreichen Einfluss des Turnens, Wanderns, Schwimmens, des Sports und Spieles auf Körper und Geist des Menschen zu würdigen. Ein Besuch der noch stattfindenden Vorträge in der Centralhalle, in Potschappel, Pannewitz und Bittersee kann nur empfohlen werden.

Unfälle. Beim Abpringen von einem in voller Fahrt
feindlichen Motorwagen der Linie Blaues-Mänteln glitt am
Sonntag in der Nähe der Haltestelle Moritzburger Straße eine
in den dreißiger Jahren siehende, auf der Leipziger Straße
wohnende Frau aus und stürzte heftig auf das Straßen-
pflaster, doch sie sich nicht allein zu erheben vermochte. Etwa
zwei Minuten vorher hatte die Frau bei Besprechung eines mit-
telebten gleichen Unfalls auf dem Boderperon wütend ge-
äußert: „Ich begreife die Unvorsichtigkeit der Leute nicht.“
Somit mußte die Frau unmittelbar darauf die selbstbegangene
Unvorsichtigkeit am eigenen Leibe recht empfindlich verspüren.
Schwere Brandwunden zog sich durch eine Explosion der im
Hause Kirchstraße 8 wohnhaften Schuhmachermeister Heustiel
zu. Er zerbrach beim Umschütteln einer größeren Flasche
ederlkt oder Parfümspiritus die Flasche. Bei dem Besuchte, die
Feste des allem Unschein nach sehr säurehaltigen flüssigen
Lutes zu sammeln, wobei ihm seine 14jährige Tochter half,
explodierte das Zeug und setzte die Kleidung des Schuhmacher-
meisters sofort vom oben bis unten in Flammen. Die Tochter
hatte noch die Geistesgegenwart, den Vater aus dem brennen-
den Zimmer auf den Gang zu ziehen, wo ihm hilfsbereite
Nachbarn durch Herunterziehen der Kleidungsstücke zu helfen
suchten. Die herbeigerufene Feuerwehr leistete dem am ganzen
körper schwer verbrannten Manne die erste Hilfe und ver-
anlaßte seine Ueberführung ins Krankenhaus.

Selbstmord. Die Verkäuferin und Fellnerin Margarete Ahnl hat sich im Grundstück Schössergasse 11, II., wo sie zur Untermiete wohnte, am Sonnabend abend in ihrem Bett erhängt. Die Ursache des Selbstmordes soll Liebeskummer sein.

Bermischte Nachrichten. Angeblich um Reparaturen auszuführen, erschien am Sonnabend in verschiedenen Wohnungen in der Altstädtstraße ein Unbekannter, 20 bis 25 Jahre alt, 185 Zentimeter groß, mit dunklem kleinem Schnurrbart, anscheinend ein Schlosser, mit Heile, Hammer und Meißel in der Hand und nach Leinen aufhängende Taschenkette im Hals, bei

Seite 6
Mark und ein Kettenarmband im Werte von 35 M. — Infolge der Einverleibung von Reick in die Stadtgemeinde Dresden macht sich die Umbenennung einer Reihe in Reick gelegener Straßen und Plätze erforderlich, um Verwechslungen mit gleich oder ähnlich benannten Straßen der Stadt zu vermeiden. Der Rat beschloß, den bisherigen Dorfplatz Altreick, die bisherige Grunaer Straße Voßmannstraße, die bisherige Stechliners Straße Reicker Straße, die bisherige Kirchstraße Tornowstraße und die bisherige Lindenstraße Hilfstraße zu benennen.

Mus der Umgebung

Gin Peurifées

der Amtshauptmannschaft Dresden-Ulstadt wurde am Montag in Gegenwart des Kreishauptmanns abgehalten. Zuerst wurde beschlossen, die von der Stadt Dresden anlässlich der Einverleibung von Reick gezahlte einmalige Entschädigung von 60 000 M. dem Ausgleichs- und Rotlandsfonds auszuführen. Die vom Bezirksausschluß beschlossene Ausgestaltung des Schulärztes (gleichmäßig geregelte schulärztliche Versorgung) verursacht den Schulgemeinden des Bezirks bei einem Stande von ca. 22 000 Schülkindern und einem Einheitslohn von 40 Pf. als Entschädigung der Schulärzte pro Schülkind einen Aufwand von zusammen rund 8800 M. Zur Unterstützung der Schulgemeinden wurde nach dem Vorschlage der Amtshauptmannschaft beschlossen, von diesen Kosten bis zum Höchstbetrage von zehn Pfennig für jeden Kopf auf den Bezirk zu übernehmen. — Der Verein für Wald- und Erholungsstätten beabsichtigt, einen Erweiterungsbau der Walderholungsstätte im Plauenischen Grunde auszuführen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Liebernahme einer Bürgschaft bis zur Höhe von 28 000 Mark einschließlich der Löhn im Jahre 1909 geleisteten von 8000 Mark zu genehmigen, außerdem wurde der Bezirksausschluß ermächtigt, eine Bürgschaft bis zum Betrage von 32 000 M. zu übernehmen, wenn der Verein noch eine Erholungsstätte für Leidungskranke errichtet. Weiter wurde auch der Liebernahme von Mehraufwendungen für die Kinder- und Jugendanstalten zu Cossebaud und Hilbersdorf zugestimmt. Dieser Mehraufwand stellt sich für 1912 auf 330 M. und ist durch die Erhöhung der Verpflegung entstanden. Bekanntlich projektiert die Amtshauptmannschaft die Errichtung eines eigenen Kinderversorgungshauses.

Der Haushaltplan für die Bezirksstadt Saalhausen für 1913 weist nach seiner Aufstellung einen Bedarf von 150 300 M. auf, dem an Deckungsmitteln 138 300 M. gegenüberstehen, so daß sich ein Fehlbeitrag von 12 000 M. ergibt, der durch einen Zulauf aus dem Bezirksvermögen gedeckt werden muß. In den Haushaltplan für die Verwaltung des Bezirksvermögens sind u. a. folgende Posten eingesetzt: Beitrag in die Dresdner Kinderheilanstalt 1500 M., Bekämpfung der Tuberkulose 2500 M. (im Vorjahr 800 M.), Säuglingsfürsorge 800 M., Begebauunterstützungen 500 M., mutmachlicher Beitrag an den Fürsorgeverbund Dresden 15 000 M. (9623 M.), Arbeitsnachweise 300 M. Der Bedarf stellt sich insgesamt auf 53 800 M. und soll gedeckt werden durch eine Bezirksteuer von 3½ Prozent (29 000 M.) und durch andere Mittel. Beide Haushaltpläne wurden genehmigt. — Der Gemeinde Höldergerstdorf wurde ein unverzinsliches Darlehn von 12 000 M. aus dem Begebaufonds zum Bau des Höldergerstdorf-Tharandter Kommunikationsweges bewilligt, worauf noch die Wahl von Vertrauensmännern in die bei den Amtsgerichten zu Dresden, Löbtau und Tharandt zu bildenden Auschüsse für die Schöff- und Geschworenenwahlen vorgenommen wurde.

Gittersee-Goschütz. Nächsten Mittwoch (Bußtag) bleibt die Bibliothek geschlossen. Wir machen die organisierte Arbeitser-
haft im hiesigen Bezirk darauf aufmerksam, daß außer den
bekannten Zeiten die Bibliothek jetzt auch Freitags, abends
von 6½ bis 8 Uhr, geöffnet ist.

Potschappel. Der Diskussionsabend für die Ge-
ossinnen des 4. Bezirks findet am Donnerstag den
10. Februar, abends 9 Uhr, im Goldenen Löwen, Potschappel,
statt. Genosse Fleißner hält einen Vortrag über Genossen-
chaftswesen. Es ist Pflicht einer jeden Genossin, zu er-
heinen. Auch die Frauen der Genossen, die noch nicht
organisiert sind, können an diesem Abend mit teilnehmen und
darauf bestandene Anträge ausspielen.

Ganderode. Den Genossinnen zur Kenntnis, daß Sonnstag den 20. Februar Diskussionsabend stattfindet, und zwar wieder in Wolfs Restaurant in Neu-Burgwedel. Arbeitertreter Meiß wird einen Vortrag halten.

Heute Mittwoch findet im hiesigen Gasthof öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Die Sitzungen beginnen um 14 Uhr.

Penrich. Eigenartige Verhältnisse bestehen in der
eigenen Schule. Seit einigen Jahren haben sie sich
entwickelt und jetzt sind sie so weit gediehen, daß sie das größte
Erfallen bei allen Kreisen der Schulgemeinde Penrich-
ölden erregen. Wenn die Kinder in die Schule gehen, muß
es zuerst angekommen vor der Schulhaustür warten bis ein
anderes kommt. Das erstere kann dann eintreten und
es leichtere muß wieder warten bis ein anderes kommt.
So geht es bis das letzte Kind erschienen ist, und
dieses nach dann warten bis der Lehrer kommt. Der
Lehrer kommt aber nicht immer pünktlich und so kommt es,
daß das zuletztgekommen Kind das zweitlastige Vergnügen
hat, eine ganze Weile vor der Haustür zu frieren. Ein Knabe
achte darüber dem Lehrer gegenüber in schlichtern Wörtern
nem nur ein wenig Lust. Dafür mußte er sich auf die
Stufen stellen.

trabant gegen. (1) Trotzdem die Mutter des Knaben zu
herr um Entschuldigung der Strafe schriftlich gebeten hat,
ist der Knabe heute noch (nach fast zwei Wochen) auf der
Straßbank. (1) Das Kind, das das Vergnügen hat, zuerst die
Schultüre zu betreten, haftet für alles, was die anderen
entweder begehen. Und damit sich niemand von dieser Ver-
antwortlichkeit durch eine Stottilige freizumachen ver-
ucht, muß das Quersteingetrenne seinen Namen an
die Wandtäfel schreiben. Wer auch nur eine Minute
früher als der Lehrer die Schultüre betritt, muß
die Strafe die erste Stunde stehen! Dabei ist es auch
immer passiert, daß einen Knaben aus Neugönnen die Schwüle
bestimmt und er mit dem Gesicht auf den Fußboden schlägt.
Während der Pausen müssen die Kinder auf den Hof, auch
im Winter; Kälte kommt dabei nicht in Frage, nur bei
eisiger Witterung dürfen sie die Pausen im Schulzimmer ver-
bringen. Der Lehrer selbst verbringt die Pausen in seiner

lehr üblen Geruch. Dieser kam daher, daß die Räume des Lehrers unter der Bank (wahrscheinlich während der Nacht) ihren Nutzen abgelehnt hatte. Dem Knaben entschloßt über dem Geruch ein mißfallendes Wort und er wurde dafür vom Lehrer noch gerügt. Der Lehrer schüttete dann Käse über den Nutzen — und der Haufen blieb während des Unterrichts. (1) Es ist auch festgestellt, daß der Lehrer selber einmal während eines Semesters keine Unten in das Schulzimmer geprägt hat. Recht zweifelhaft erscheint es uns auch, ob der Lehrer und seine Frau bereitst sind, die Kinder nach dem Unterricht zu Hausarbeiten heranzuziehen. Wir wünschen nicht, daß das zum Lehrplan gehören sollte. So müssen die Knaben nach dem Unterricht die Hausschlüsse und die Garderobe fehren. Die Mädchen müssen den Abstreicher reinigen und die Treppe fehren; beim Wäscheinwaschen müssen sie der Frau des Lehrers Wasser verjagen und sonstige Dienste verrichten. Die Knaben müssen die Kinder auch ins Schulzimmer schaffen. Das Schaffen aber ist wohl, daß die Mädchen die Handlicher, die der Lehrer in der Schulstube nur auszuschließlich selbst bedient, mit nach Hause nehmen müssen, um sie da zu wenden. (1) Abhilfe ist hier dringend Not! Hat der Schulvorstand von alledem noch nichts bemerkt? Dann müßte die Schulinspektion etwas nachhelfen. Wir werden die Sache im Auge behalten.

Wilsdruff. Wir machen nochmals auf die am nächsten Donnerstag stattfindende Mitgliederversammlung im Linden-Schlösschen aufmerksam. Es ist Pflicht der Parteigenossen und Genossinnen, diese Versammlung zu besuchen und sich nicht durch andere Veranstaltungen abhalten zu lassen.

Gerichtszeitung.

Schöffenrichter

Bon der richterlichen Überzeugung.

Vor in zwei gleich zweifelhaften Fällen die richterliche Überzeugung zu zwei entgegengesetzten Resultaten in der Urteilsfindung kommt, zeigen folgende Verhandlungen. Der Tischlergerichts-Rat Eduard Huhne ist wegen Unterschlagung und Betrugs angeklagt. Er war bei dem Tischlermeister Jakob in Stellung und führte Arbeiter bei einem Dresden Reichter aus, bei dem er nach beendeter Arbeit sein Werkzeug zurückließ. Als er bald darum die Stellung wechselte, holte er das Werkzeug ab. Bei dieser Gelegenheit erhielt er von dem Kunden 40 M. zur Abklärung an Jakob. Er wollte das Geld auch am selben Abend noch nach Städtebau bringen, durfte mit unverwachter Sorge aber die Sachenbank nicht besetzen. Er behauptet nun, auf einen Vors einen Brief geschrieben und damit die 40 M. in Papiergeld an seinen Meister geschildert zu haben. Jakob hat den Brief mit dem Gelde nie erhalten. Außerdem soll sich der Angeklagte 50 M. von dem Werkmeister Jakob unter der Angabe haben auszahlen lassen, daß er diesen Betrag für Mitt ausgezogen hätte. Die Wahrheit hatte er den Mitt aber nicht bezahlt. Er bestreitet nicht, bei der Zahlung die 50 M. eventuell zu viel erhalten zu haben, er bestreitet jedoch, daß er sie verlangt hätte. Das Gericht hält einen Nachweis für die Schuld des Angeklagten unmöglich und erkannte mangels Beweises auf Zeitsprechung.

In einem anderen Verhandlungsfall mußte sich der Richter Edward Lorenz Wehnert wegen Unterschlagung verantworten. Er war hier Montags bei dem Bahntransporteur Mann beschäftigt und soll hier einmal 24 M. einschlüssige Transportgebühren unterschlagen haben. M. gibt zu, das Geld einkassiert und nicht abgeschobt, bestreitet aber, es in seinem Koffer verwandelt zu haben. In jener Nacht sei er etwa 11½ Uhr die Straße von Leibnig nach Norden gefahren. In der Nähe der Saxonianhöhe schauten seine Freunde vor vorüberfahrenden Feuerwehrfahrzeugen. Er sah auf dem Trittbrett des Wagens und wurde durch den Kasten herabgeschleudert, blieb in einer Spindel hängen und wurde so vor einem Überfahrtswasser befreit. Später entdeckte er aber, daß er bei dem Unfall sein Portemonnaie — in dem sich die 24 M. und 16 M. eigenes Geld befanden — aus der Hosentasche verloren hatte. Da infolge des Brundes in Leibnig zu dieser Zeit viel Verkehr war, hielt er es für zwecklos, zurückzugehen und das Portemonnaie zu suchen. Er machte auch keine Anzeige bei der Polizei. Das Angst vor seinem Arbeitgeber, der nach seiner Behauptung gewaltätig sein soll, ging er am folgenden Tage nicht wieder hin. Die polizeilichen Erörterungen haben die Beurteilung gebracht, daß in jener Nacht ein Brand in Leibnig gewesen ist. Die Darstellung des Angeklagten wurde also nicht widerlegt. Gleichwohl gewann das Gericht die Überzeugung, daß Wehnert die 24 M. unterschlagen hat und verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 4 Wochen Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

Ein neues Panama.

In Rom sind die beiden von dem romischen Justizialasted beauftragten Ingenieure Ricciardi und Morelli verhaftet worden. Die Verhaftung ist auf Grund der von und bereits berichteten Bedrohungsfähigkeit eines Staatsbeamten erfolgt. Der bestechliche Beamte, der als Rechtsanwalt der sozialistischen Abolition der Bauern begünstigt hat und von ihr bezahlt wurde, ist ein jeglicher den Staatsbeamten angestellten Rechtsanwalt Silvestri, der, um der Verhaftung zu entgehen, in das Ausland geflüchtet ist. Da das Gesetz den Besitzer mit denselben Strafen bedroht wie den Bestohlenen, ist die Verhaftung der beiden Großindustriellen, die zu den Magnaten des industriellen Unternehmens in Italien gehören, bestätigt worden. Der Einbruch in Rom ist ungeheuer, dabei scheint man erst am Anfang des Scandals zu sein. Was die Verhaftungen veranlaßt hat, ist nur eine Episode des großen Kubebündnisses, und der Episoden sollen sehr viele sein. Man spricht von der Verantwortlichkeit mehrerer Abgeordneten, auch eine Dame der römischen Gesellschaft, die in der Nach der Verhaftung im Hause des Ingenieurs Ricciardi wohnte, wurde bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Haushaltung im Beisein kompromittierender Parteien gefunden. Es heißt sogar, daß zwei Mitglieder der Enquete-Kommission in Geschäftsbeziehungen zur Firma Ricciardi-Morelli stehen und daß ein Abgeordneter als Schiedsrichter der Firma eine Entschädigungssumme von 1,5 Millionen Zusätzliches leistet, nachdem der Schiedsgericht schon abgeschlossen war und auf 900 000 lire erlastet hatte. Die zahlreichen Schiedsgerichte, die während des Krieges nicht wurden, sollen die Hauptfunktion der Vertrauensleute des Staates am höchsten zum Ausbruch kommen. Der Reichtum des Baues, Projekts, Talerni, dem nur die künftige Leistung oblag, hat erläutert, er hätte mit dem finanziellen Teil des Unternehmens nichts zu tun gehabt, hätte sich aber des Einbruchs von ersten Unregelmäßigkeiten nicht erwehren können. Der Bau, so wie er heute ist, hätte ungefähr 20 Millionen kosten müssen, der Staat hat aber weit mehr als das Doppelte dafür bezahlt! Ende März wird der Bericht der Erhebungskommission veröffentlicht werden.

Zwei Personen tot, ein Mädchen gerettet.

Eisenach, 17. Februar. Ein entsetzlicher Vorfall hat sich heute in unmittelbarer Nähe des hiesigen Bahnhofes abgespielt. Der dreijährige Fabrikarbeiter Rudloff, der achtzehnjährige Arbeiter Schumann und die zwanzigjährige Arbeiterin Margarete Blida haben sich die letzte Nacht hindurch in verschiedenen Lokalen untergetrieben und waren schließlich alle drei tödlich betrunken. In diesem Zustand wurde der Arbeiter Rud-

loff, der mit einem anderen Mädchen verlobt war, von Lebensüberdrus gepackt und sang auf den ungünstigen Gedanken, sich das Leben zu nehmen. Gleichzeitig bat er seinen Freund und das Mädchen, die mit ihm die Nacht durchgebracht hatten, dasselbe zu tun. An der Trennwand stimmten die beiden anderen zu, und man beschloß, in die Nähe des Bahnhofshofes zu gehen und sich dort von einem Güterzug überfahren zu lassen. Rudloff ließ sich eine Postkarte geben, auf der er an seine Angehörigen Abschiedsgrüße richtete und die Bitte aussprach, man möge seine Leiche verbrennen lassen. Diese Karte unterzeichneten auch die beiden anderen. Dann brach man auf und kam etwa um 8 Uhr auf den Bahnhof. Unterwegs war das Mädchen aber anderer Meinung geworden und bat scheinlich, man möge sie am Leben lassen. Damit waren aber die beiden betrunkenen Männer nicht einverstanden. Sie überwältigten das sich heftig wehrende Mädchen, bis es schließlich in eine tiefe Ohnmacht fiel. Rudloff band die Ungläubliche mit einem Seid an sich fest und legte sich dann mit dem Mädchen auf die Schienen. Ein Reiter davon entfernt legte sich Schumann hin. Als wenige Minuten später in der Dunkelheit der Güterzug heranbrauste, erwachte das Mädchen und gewann im letzten Augenblick in seiner Vergewaltigung soviel Kraft, daß es sich einige Meter weitziehen konnte. Dadurch wurde es gerettet und trug nur eine ganz leichte Verletzung am Hals davon. Die beiden Männer übergingen die Räder über die Stöße hinweg, so daß sie auf der Stelle tot waren. Nur mit vieler Mühe gelang es dem Mädchen, sich aus seiner Vergewaltigung zu befreien. Es lief dann auf den Bahnhof und erhielt die Anzeige vom dem entsetzlichen Vorfall.

Eine neue Brandkatastrophe.

Konstantinopel, 17. Februar. Das große Lagerhaus im Stambul ist abgebrannt. Viele in dem Hause befindliche Vorräte gingen ebenfalls in Flammen auf. Der Schaden ist bedeutend.

Konstantinopel, 17. Februar. Der Brand in dem Stadtviertel Sultan Ahmed ist unweit der Stätte der großen Feuerabend ausgetragen, die im Sommer mehrere Stadtviertel eingeschlossen hat. Der Brand nahm infolge des herrschenden Windes große Dimensionen an und dauerte ganze Zeit, 8 Uhr abends, noch fort. Etwa 50 Holzhäuser sind bisher dem Brande zum Opfer gefallen.

Selbstmord.

Niels, 17. Februar. Den Nieler Neuen Nachrichten zufolge hat sich in der Wohnung eines Nieler Professors die hochbegabte jugendliche Chorleiterin am Stadttheater, Elsa Hornik, vergiftet und ist Sonntag früh gestorben.

Ein Offizier zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Hamburg, 17. Februar. Der 25jährige Leutnant Wehner vom Regiment "Königin", der fahnenflätig wurde und sich dann von Dänemark zurückkehrend, selbst bei Militärbehörde stellte, wurde vom hiesigen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Holzschwerverexplosion.

Köln, 18. Februar. In den Garbschulen in Leverkusen explodierte ein Behälter mit Wasserstoffgas. Fünf Arbeiter wurden verletzt, drei schwer und zwei weniger schwer. Einem Arbeiter wurden beide Arme, eine Hand und ein Fuß Kinnlade fortgerissen.

Fliegertod.

Wien, 17. Februar. Auf dem Flugplatz Leopoldau ist heute der Oberleutnant Rittner bei einem Flugversuch mit einem neuen Apparat aus 100 Meter Höhe abgestürzt. Rittner wurde aus seinem Apparat geschleudert und war sofort tot.

Selbstmord aus Liebeskummer.

München, 17. Februar. Der herkömmliche Jäger Kochart schlugte sich den Kopf auf, als die Gruppe heraus und war sofort tot. Er lebte bei voller Bewußtsein noch zwölf Stunden. Die Schreckenstatte wurde aus Liebeskummer verübt.

Kindermord.

München, 17. Februar. Das Dienstmädchen Ritsch wurde heute wegen Kindermordes verhaftet. Es hatte sein Kind getötet, die Kleine in graublauer Weise zerstückelt und die Teile in der Heizungsanlage versteckt.

Zwei Kinder verbrannt.

Saargemünd, 18. Februar. In dem lothringischen Ort Gießen spielen zwei Kinder in Abwesenheit ihrer Eltern mit Streichhölzern. Ein brennendes Holz fiel auf ein Bett und alsbald stand das ganze Haus in Flammen. Die beiden Kinder verbrannten und sonnten von den Feuerwehrleuten nur als Leichen geborgen werden.

Raubmord.

Bubendorf, 17. Februar. Heute vormittag wurde im Stadtbezirk Frankenthal in der Gruoustraße die zehnjährige Tochter einer Bäuerin ermordet. Die Mutter räumte eine große Anzahl Wertgegenstände und entfloh. Die Polizei glaubt dem Mörder auf der Spur zu sein.

Nebber.

Paris, 17. Februar. In Laronne bei Paris wurden heute nacht der Landwirt Bobe, dessen Gattin und Sohn in ihrer Wohnung überfallen und mit Gewehrschüssen getötet. Man glaubt, daß es sich um einen Raubestrafte handelt.

Veranstaltungen.

Deutscher Fabrikarbeiterverband (Schriftstelle Altenberg). Am Sonntag den 9. Februar fand im Schauspielhaus zu Altenberg eine Mitgliederversammlung, die leider sehr schwach besucht war. Kollege Paul Starke aus Dresden referierte über das Thema: "Zur neuen Aufbauversicherungsgesetz". Nach dem zweitwöchigen Referat fand eine Diskussion statt, in der Kollege Starke verschiedene Fragen beantwortete. In der Debatte über den Punkt Werthaltungsangelegenheiten wurde von den Kollegen der Firma Anger eine dekorative Ausgestaltung des Werthaltungsrauminnererstsystems gewünscht, die von der Verwaltung zugestellt wurde. In das Blattmuster wurden die Kollegen Otto Sieber, Max Schiffel und Ernst Schleitig gewählt. Auch wurden noch verschiedene Fragen aus den einzelnen Betrieben erörtert u. a. die Leitungsfähigkeit des kleinen Betriebes. Es wurde mit Freuden begrüßt, als der Bevollmächtigte die Mitteilung machte, daß unter jenseits einer Mitgliederzahl von 100 Kollegien aufzuweisen ist. Unsere ganze Stützpunkt und unsere Agitation sind nun auf die Betriebe Gustav Günther, G. m. b. H. in Lauenstein, sowie Erich Kädel, Holzbearbeitungsfabrik und Sägewerk in Lauenstein, ausgedehnt, in denen die Organisation sehr mangelhaft ist. (Eing. am 14.2.)

Gentralverband der Handlungsfachleute. Am Mittwoch tagte im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung des Bezirks Dresden. Vor Eintritt in die Tagessitzung ließ der Vorsteher die vom Lagerarbeiterverband übergetretenen Kollegen willkommen. Gothaer Reitling vom Fabrikarbeiterverband referierte sodann über das Thema: "Die neuzeitlichen Anschläge der Reaktion auf das Koalitionsrecht". Hieran schloß sich der Kollege Böhme erstaunlich Bericht vom 4. Quartal 1912, wobei er einen Rückblick auf die stattgefundenen Wahl der Vertreterversammlungen zur Angelebtenversicherungswahl war. Über das Ergebnis ist bereits früher an dieser Stelle berichtet worden. Unter den Beobachternen der Räthauschimme Altenbergs Singer Co. fand eine erfolgreiche Agitation statt. Außer 5 öffentlichen Versammlungen und gegen 20 Sitzungen anlässlich der Werthaltungsänderung wurden eine Mitgliederversammlung, zwei Sitzungsberichter, ein Vergnügen und zwölf diverse Sitzungen abgehalten. 125 Aufnahmen und 50 Streichungen, dem Mitgliedern

waren zu verzeichnen, so daß bei einem reinen Aufwuchs von 83 Mitgliedern der Bezirk mit 1183 Mitgliedern abschließt. Am 1. Januar fanden noch 151 Mitglieder des Lagerarbeiterverbandes hinzu, so daß der Bezirk an diesem Tage 1334 Mitglieder mussten formen. Die Einnahmen für Beiträge u. a. beliefen sich im 4. Quartal auf 4314,00 M., die Ausgaben für Agitation, Zeitung, Verwaltung, Kartelle usw. auf 1696,14 M. 2165,34 M. wurden an die Haupthälfte, 303,60 M. an Stellenloge gezahlt. Der Haushaltstand betrug 1429,13 M. — Zum Jahresbericht ließ der Vertriebsteilnehmer die wichtigsten Geschäftsverträge des verflossenen Jahres Revue passieren. So die Kaufmannsgerichtswahl in der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt, die in Berlin stattgefundenen Generalversammlungen des Verbands usw. u. a. Ein reges Verbandsleben war zu verzeichnen. Der Bezirk beteiligte sich zahlreich am Bezirkstag in Meißen und veranstaltete acht Mitglieder, 20 Bezirkstagsversammlungen, zwei Richterberichter, eine Partie und ein Vergnügen. Zur Erledigung der Verwaltungs- und anderen Angelegenheiten machten sich 35 Sitzungen notwendig. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Die Zahl der Mitglieder Anfang 1912 betrug 1005. Neu aufgenommen wurden 340, ausgereist und vom Militär zurück kamen 17, aus anderen Organisationen traten 183 über, worunter sich die bereits erwähnten 151 Mitglieder vom Lagerarbeiterverband befinden. 23 wurden getrennt, 165 traten aus, 17 verzogen, 2 kamen zum Militär und 4 starben. Es verbleibt danach eine Zunahme von 178 Mitgliedern auschließlich der Lagerarbeiter. Die Einnahmen betrugen im ganzen Jahre 14 540,46 M. Herausgezahlt wurden: für Agitation 606,87 M., für Verbandsorgane und Vermögen 5180,56 M., für Kartelle, Zeit- und Bibliotheken 445,28 M. und für Stellenloge 1230,20 M. 6720,40 M. wurden an die Haupthälfte abgeführt, so daß sich eine Gesamtzahle von 14 196,31 M. ergibt. Der Haushaltstand erhöhte sich von 1084,98 M. auf 1429,13 M. Kollege Böhme schloß seinen Bericht mit anerkennenden Worten für die tätig gewesenen Mitglieder. Der von den Kollegen gestellte Antrag auf Entlastung des Kassierers fand Annahme. Als Bevollmächtigter wurde einstimmig Kollege Böhme wiedergewählt. Wiedergewählt wurden als Verwaltungsmittelglieder die Kollegen Eichler, Höhne, Schäfer, Thiele, Tschochner, Werner, die Kollegen Götsche, Briesbach, Dahn und Hellner. Neu wurden die Kollegen Böhmer, Schubert und Vogel von der Section der Hilfsleiter in die Verwaltung gewählt. Weiter wurden die Kollegen Berndt, Eichler und Endt als Bibliothekar und Kollege Seidel als Mitglied der Bibliothekskommission und eine Verwaltungskommission gewählt. Die Kollegen Böhme, Tschochner und Briesbach wurden in das Dresden und Kollege Eichler in das Pirnaer Rathaus delegiert. Der Sektionsvorstand der Hilfsleiter festigte sich aus den Kollegen Böhmer, Höhne, John, Kirschhoff, Lang, Schubert, Schulze, Vogel und Walter zusammen. (Eing. 14.2)

31. Quittung. Wie die Büromilieus gingen beim Gewerkschafts-Jarls bis 15. Februar ein: Mechaniker-Tanzabend, Tanztour, 6,70. Silberionische, Tanzabend, 2.—. Homöopathischer Verein, Bahnenmann, Tanztour, 3,20. K.A.W. Ortsgruppe Wilsdorf, d. Amtsgesch. 6,80. Nebenabend einer Strandschule, Holzabend d. Förster 14,58. Reiterer-Lichterklub, Tanztour, 7,60. Schrebergartenverein Dresden-Traut 3.—. Durch Samstag 2.—. Selbstmahl- und Drückerdrasse, Tanzabend, 1.—. Arbeitnehmer der Produktivgenossenschaft 5,—. Bergmänner des Tabakarbeiterverbandes 11,—. U.R.V., Gruppe Sonnenblau, 2,75. Arbeiterviertel der Deutschen Werthäuser, 9,00. Einheits-Gut, Berlin, durch Mor-Dauje, 5,10. Körper aus der Engelsloipe 8,55. U.R.V. Soldatenabteilung 8,75. Vorwärts 5,75. Leberdauh v. d. Strandschule d. Gehilfen u. Lehrlinge d. Fa. Gelehr. Kaffeehaus 2,90. Sunnau: 24,95 M. Erst 21. Februar.

Außerdem gingen ein von: V. Sozialamt 100 Proze, Blaibach-Biergroschlandung Herm. Rumy 100 Proze, Fa. Sidioladen-Hering 100 Proze, 100 Stück 1. Pfund Dosen Honig-Erdn., 200 Pfund Suppenmehl, Wilhelm Strom, Ostra-Allee, 175 Biergarren.

Vereinskalender für Mittwoch.

Verein Volksfreundschaft (Mögliche-Hellerau-Rähnitz). Abends 5/11 Uhr. Vorstellung im Erdgericht, Mögliche.

Vereinskalender für Donnerstag.

Arbeiter-Seniorenabendgruppen-Vand. Abends 8/11, Uhr. Liebhaberabende im Volkshaus und bei Kämpfe, Dr.-Lübke, Wernerstraße. Baurbeiter-Verein. Abends 8 Uhr. Versammlungen in Starles Restaurant, Zollnerstraße und in den Saxonia-Zälen, Klausstraße.

Bericht über den Schlachtwiehmarkt

am 17. Februar 1913 zu Dresden.

Schlachtwieh- rattung und Auftrieb	Sortenklasse	Marktpreis für 50 kg Schaf- Gewicht	
--	--------------	--	--

Briefkästen.

Eigene Arbeit. Wie sind schon bemüht, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, aber ganz vermeiden lassen sich Fremdwörter nicht. **H. G. Kleinöhl.** Die Sache mit dem Unterricht ihres Kindes ist im Ordnung. — Das Alter spielt beim Steuerzahlen keine Rolle. Wahrscheinlich kommt bei ihrer Tochter außer dem Lohn auch noch die Gehöhrung von Bedenunterhalt in Betracht.

M. H. Lipschitzsch. Gemeinderatsberichte über Etagungen, die sieben Tage zurückliegen, können wir in der Regel nicht mehr veröffentlichen.

Outing. Für die Wintersfahrt und Arbeitslosenunterstützung gingen beim Gewerkschaftskartell Trügeln folgende freiwillige Beiträge ein:

Verband der Handels- und Transportarbeiter durch Dresdner

25 Mr., Konsumverein Niederlößnitz 150 Mr., Stimmerer, Bitten Nr. 240 und 242, 640 Mr., Holzarbeiter, Schlosserei Niederlößnitz, Bitten Nr. 109, 117, 119 und 121, 22,50 Mr., Lithographen und Steinbrüder, Niederlößnitz, Bitten Nr. 186 514 188, 34,60 Mr., Metallarbeiter, Niederlößnitz, 157, 167, 208, 309, 210, 212 und 218, 48,05 Mr., Steppenarbeiter, Bitten Nr. 2, 21, Seifert-Dresden durch Reitzenbach 20 Mr., Fabrikarbeiter, Bitten 51, 53, 55 bis 58, 51, 62, 64 bis 73, 75, 77, 78 und 80 bis 87, 162,00 Mr. Insgesamt 468,65 Mr.

Aromin

Aromin-Werke, G. m. b. H.

1.974

faust jede Hausfrau gern, weil diese Pflanzenbutter-Margarine gleichen Nährwert und Geschmack hat wie **Naturbutter**. Aromin ist in den meisten besseren Geschäften stets frisch zu haben.

Georg Krause
Jahnstraße 3. Fernsprecher 17 827.

Sehnsucht

nach eigenem Heim ist der Wunsch vieler, hierzu bietet das Möbel- und Warenhaus „Merkur“ beste Gelegenheit.

Sie erhalten dort:
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke
von wöchentlich 1 M. Abzahlung an.

Nach

allen Gegenden wird franko geliefert und erhalten Kunden, die schon anderweitig gekauft und ihr Konto beglichen haben, **Kredit ohne Anzahlung**.

Nun eingetroffen:
Konfirmanden- u. Herren-Anzüge
Ersatz für Maassarbeit.
Grosse Auswahl in Damen-Garderobe.

Wenn Sie auch kein Geld haben, lassen Sie sich Ihren

Frieden

nicht stören.
Das allbekannte und beliebte
Möbel- und Warenhaus

„Merkur“
28th Scheffelstraße 28th
gibt alles auf Teilaufzahlung. [A 81]

Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bieten sich Gelegenheit, in der „Blitz“.

Reinigungsanstalt

Schloßstraße 4, I.
sich mit gebrauchter, moderner Kleidung zu versorgen. Es bieten sich für jedermann große Vorteile, da sich diese Garderobe durch besondere gute Verarbeitung in jedem Sinne auszeichnen. Wir empfehlen

chemisch gereinigte
Maß-Anzüge
10, 15, 20 Mr. u. m.

Maß-Paletots
8, 12, 18 Mr. u. m.
und neue Garderoben.

„Blitz“ Reinigungsanstalt
Schloßstraße 4, I.
neben Café Central.

Heiser

seit Jahren u. m. unter
mon durch Schuhladen
Geringe oder Sanitäts
Gummis, 1/2 Mr. 25 Mr.
Probebeutel 10 Mr.

+ Kluge Frauen +
„Frauenfee“. Paket 75 Mr.
Sektionspräzision, Syringen

Frauen - Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben

R. Freisleben
Postplatz, I. Mr.
Man achte auf Firma.

Billig und gut Heidelbeerwein

8 Liter 2,75 Mr.
10 Liter 3,25 Mr.

Johannisbeerwein

5 Liter 3,25 Mr.
10 Liter 6,25 Mr.

Joseph Juraske
Weinhandlung u. Likörfabrik
Freiberger Platz 24.

Kokos-Flocken

Neues **Plüschtöpfchen** 48 Mr. Kokos-

gutes Töpfchen 20 Mr. wie-

nen, tabell. Plüschtöpfchen 28 Mr. zu

der Plüschtöpfchen 10. pr. 18.

Rosel Nietzsche

Wahlstr. 13, Hof 1. George
empfiehlt sich den geübten Einzelnen
zur Herstellung von Informations- und
Werbezetteln; auch werden
Geschenkkarten angefertigt.

M. H. Lipschitzsch. Gemeinderatsberichte über Etagungen,

die sieben Tage zurückliegen, können wir in der Regel nicht mehr

veröffentlichen.

Outing. Für die Wintersfahrt und Arbeitslosenunterstützung

gingen beim Gewerkschaftskartell Trügeln folgende freiwillige

Beiträge ein:

Verband der Handels- und Transportarbeiter durch Dresdner

Trinkt und verlangt überall die
Biere und Biertablets der [K 149]

Brauerei Nickern

Telefon 2887, Renn. Niederlößnitz

Hilfe

6. Blättergras-Ter-
krümmungen.

Seine Auskunft er-
teilt kostloses

G. Wienzel

Dresden-A.
Zettwitzstr. 5, 2.

Postkarten

mit eigener Photographe

4 & 6 Mr. Tagess. 1,80 Mr.

Heute

Photograph Richard Zähns

Mariestr. 1. Innen 1. August 1913.

Arbeiter

speisen gut und billig vegetarisch

Grunauer Str. 3, 1.

Große Portionen v. 20 Pf. an.

Dauer - Wäsche

erstklassig.

R. Freisleben

Postplatz.

Man achte auf Firma.

+ Damen +

empf. best. Spülapparate, Waller-

sprays, hyg. Artikel und weichen

oder Stoffen vertrauensvoll an

Frau Fröhlich, Wallerstr. 23, I.

Carl Streubel (Kammerei, I. u. II.)
postlager. — Tel. 1885
Dresden-A., Westermarkt 18. I.
Der arme Kauf. Postkasse wird jedem
auf Wunsch gratis angelehnt.

[K 41]

Gelegenheitskauf.

Mr. Wolf Schuhwaren für

Herren, Damen, Burzchen und

Kinder. Qualität, Güte, Waren sehr
wert. Tel. 3. Dunnig, Raddeburg,
Radebeul-Kötzschenbroda Str. 88. [H 108]

Rad (Bremabat), 30 Mr. m. neu

& vert. Oppolzer, I. L. H. [B 77]

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser

Sohn unter großer Leid

Max

sohngebend abends im Alter

von 6½ Jahren verstorben ist.

Die trauernde Eltern

Alfred Zankl und Frau

nebst Angehörigen.

Bestattung 8. 4. Ewig.

Die Beerdigung findet

Wittwoch nachmittags 2 Uhr von

der Friedhofshalle des Löbauer Friedhofs

auf. Der Verwaltung.

[V 202]

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unsere

Sportgenossen

Marie Wünsche

am Sonntag im 41. Lebensjahr verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Februar, nach-

mittags 2 Uhr von der Trauzionshalle des Löbauer Friedhofs

auf statt. Um zahlreiche Beteiligung erlaubt.

Die Verwaltung.

[V 112]

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser

Kaufmann

Otto Ersch

im Alter von 54 Jahren verstorben ist. Ohne seinen Kunden!

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Februar, nach-

mittags 2 Uhr von der Trauzionshalle des Löbauer Friedhofs

auf statt.

Die Verwaltung.

[V 121]

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser

Kaufmann

Christian Romeiß

nach langem Leiden Sonnabend, nachts 2 Uhr, gestorben ist. Die

Beerdigung findet Mittwoch, vorne 10½, Uhr, auf dem Friedhof

zu Radebeul statt.

Um zahlreiche Beteiligung erlaubt.

Die Verwaltung.

[K 176]

Hierdurch die traurige Nachricht, daß heute mein lieber Mann,

unter kreisförmigen Wunden, der Galloirt **Richard Max**

Gottlob durch Herzschlag jäh von uns geschieden ist.

Dresden, 17. Februar 1913. Um Mittag Seideb sitzt

Die trauernde Witwe **Marie Gottlob** sehr traurig.

Die Beerdigung findet Mittwoch, vorne 10½, Uhr, von der Friedhofshalle des Löbauer Friedhofs

auf statt.

[B 158]

Hierdurch die traurige Nachricht, daß heute mein lieber Mann,

unter Kreisförmigen Wunden, der Galloirt **Richard Max**

Gottlob durch Herzschlag jäh von uns geschieden ist.

Dresden, 17. Februar 1913. Um Mittag Seideb sitzt

Die trauernde Witwe **Marie Gottlob** sehr traurig.

Die Beerdigung findet Mittwoch, vorne 10½, Uhr, von der Friedhofshalle des Löbauer Friedhofs

auf statt.

Parteianlegerheiten.

Schuhmeier Leichenfeier.

Aus Wien wird uns noch geschrieben: Sein König ist so bestattet worden, wie unser Genosse Schuhmeier. Im Ottakringer Arbeiterheim, der Säule von Schuhmeiers gespalten, lag er seit Sonnabend aufgebahrt. Die Gemeinde hat die Ausmündung des Saales besorgt. Auf dem Sarge liegt ein Strauß mit 45 Ruten feuerholzähnlichen 40 Leinwandhäuten des Gemüsehändlers. Am ganzen Sonnabend, von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, drängten sich die Massen, Abschied von ihrem Schuhmeier zu nehmen. Die Leute die in endlosen Reihen vorüberzogen, werden auf 60 000 bis 80 000 geschätzt.

Sonntag, mittags 2 Uhr, setzte sich der Leichenzug vom Arbeiterviertel aus in Bewegung. Die Arbeiterschaften kamen in geschlossenen Zügen aus den einzelnen Bezirken anmarschiert, und bald nach 12 Uhr standen in allen umliegenden Straßenlängen der Werke der elektrischen Bahn eingestellt. Sehr groß war die Zahl der bürgerlichen Mandatäre, die erschien, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Der ganze Vorstand des Abgeordnetenhauses war anwesend. Von allen Stäben des Abgeordnetenhauses waren Vertreter da, ebenso hatten die Klasse des niederösterreichischen Landtages und des Wiener Gemeinderates Delegierte geschickt. Vom Präsidium des Landtages war der Landmarschall-Stellvertreter erschienen. Der Bürgermeister von Wien hatte mit seiner Verbindung zwei Magistratsräte bestellt, auch die Behörde des Bezirks entbande den Bezirksvorsteher. Aus allen Gegenden Österreichs waren Deputationen herbeigekommen, um an den Sarg des Schuhmeiers niedergesessen. Die deutsche sozialdemokratische Partei war durch Scheidemann, Fischer und Scheit und die Berliner Parteigenossen durch Genossen Ernsth vertreten.

Die Leichenfeier wurde eingeleitet mit Stimmungsdoll vorgelesenen Gedichten u. a.: „Ruhe, müder Wanderer.“ Von nachmittags 2 Uhr bis nach 4 Uhr brauchte der Leichenzug bis zum Friedhof eine halbe Million Menschen vor auf den Straßen, die teils Später bildeten, teils in Reihenkolonnen von zwölf bis zweihundert Personen im geschlossenen Juge dem Sarge folgten. Achtzehn schwer beladene Blumenwagen führten den Leichenzug voran, und die Sagen haben noch nicht gereicht, denn eine endlos lange Schar von Prangträgern zog vorüber. Am Grabe, dessen Platz die Stadt Wien zur Verfügung gestellt und das die Familie gegenüber dem Pfarrengrab des Opfers der Wiener Feuerungsstrasse von 1911 gewählt hat, spielte ein Bläserkorps „Siegeslied Tod“ aus der Göttlerdämmerung. Bald im Scherz hatte sich Schuhmeier manche Tage vor seinem Tode diese Melodie als Grablied erdenkt. Nach einem Lied der Arbeitersänger ergriff dann der Abgeordnete Dr. Eilenbogen das Wort vor Gedächtnisrede. Nach Eilenbogen sprach Scheidemann im Namen des deutschen Parteivorstandes. Er sagte: „Der schmerzliche Aufruhr, der mir je gewohnt, führt mich heute nach Wien. Ich solltant den sozialdemokratischen Partei Deutschlands die, Franz Schuhmeier, die letzten Grüße sagen. Er war ein wortreicher Wiener, doch was er getan, hat er getan für das ganze internationale Proletariat. Wie deutschen Sozialdemokratien sind so innig verbunden mit unseren Blasenengenossen Österreich, daß uns der hirchbare Schlag, den Schuhmeier zum Opfer gefallen ist, trifft, als ob er uns selbst entwöhnen wäre. Muhe kann! du wackerer Streiter, du hast gekämpft,

wie kämpfen weiter!“ Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages widmete dann Richard Fischer dem Toten einen kurzen ehrgehenden Nachruf. Danach sprachen Genosse Wehr für die österreichische Generaldeputationskommission. Sie ist für die soziale- und internationale Sozialdemokratie, der liberale Bezirksvorsteher Weißer für den Gemeinderat der Stadt Wien. Genosse Neumann und eine größere Anzahl Delegierte der nationalen Parteigruppen Defterdeich.

Der Vorbermarsch der Genossen am Grabe dauerte mehrere Stunden.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlichte die Beileidsbekanntgaben zum Tode Schuhmeiers. Solche keine Behörde ist zurückgeblieben: der österreichische Ministerpräsident, sämtliche anderen Minister, auch der Kriegsminister, das Herrenhauspräsidium, sämtliche Portale und das Präsidium des Abgeordnetenhauses haben Beileidsbekanntgaben gesandt. Auch diesen hochoffiziellen Beileidsbekanntgaben haben kontrolliert die „A. A. Finanzwoche“, die Gleichgesinnten der „A. A. Sicherheitswache“ (Schuhmannschaft) in Wien und die Sozialdemokraten des „A. A. Landwehr-Infanterie-Regiments Wien Nr. 1“.

Eine heiße Woche hat die Essener Arbeiter-Zeitung hinter sich: Am Dienstag wurden dem Genossen Steinbüchel 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Arbeitswollgenagenten – er war „Seelenveräußerer“ genannt worden – abgestraft. Donnerstag erhielt Genosse Neumann an von der Autobus-Strassenbahn 14 Tage Gefängnis als Verantwortlicher der Feierzeit noch in Essen gedrehten Arbeiterschaften. Arbeiterschaften wegen des Vorwurfs der Klassentrennung und am Freitag befand der gleiche Prozessherr den Essener Straßenkamerad Monat Gefängnis, weil er durch den wesentlich abgewandelten Nachdruck der Gefangenbeleidigung des Genossen Schubert in Hörburg eine Richterbedeutung begangen haben soll. Genosse Schubert wurde von der gleichen Anklage freigesprochen.

Diese politische Höhe in Essen ist wesentlich zurückzuführen auf die große Aufmerksamkeit, welche die politische Abteilung der Königlichen Polizei der gesamten modernen Arbeiterschaft entgegenbringt. Der Chef dieser politischen Abteilung ist der Polizeikommissar Hansch, der die Mitgliederliste des Steigerverbands an den Bergbaulehrlingen Verein gegen hohen Entgelts für seine Mittelperson abgab. Diesem Polizeikommissar Hansch steht zur Seite der Königliche Kriminalkommissar Pfeffner, der wiederholt an Gerichtsstelle zugab, daß er sich politischer Spione bedient.

Kommunalwahlen.

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Frankfurt a. M., die für zwei eingemeindete Vororte vorgenommen werden mußte, kam unter Genossen Wender, der 495 Stimmen erhielt, in die Wahl mit dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der 267 Stimmen erhielt. Auf den Nationalliberalen entfielen 252 Stimmen. – Die erste Wahl, die absehbar nach der Einigung der beiden Vororte im Jahre 1910 erfolgt war, endete mit dem Siege der sozialdemokratischen Volkspartei, deren Kandidat mit 407 gegen 406 sozialdemokratische Stimmen gewählt wurde. Die Wahl wurde aber nach mehr als zwei Jahren im November 1912 vom Oberverwaltungsgericht fallisiert, weil der Gewählte Elementarlehrer war, die auch nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz, ähnlich wie in Alpirsbach, nicht wählbar sind.

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie begann am 12. Februar in Kopenhagen. Am ersten Verhandlungstage wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht des Parte-

vorstandes zu Ende geführt. Die Dechargeerstellung erfolgte einstellig. Die ausländischen Gäste überbrachten die Grüße der Brüderparteien der Nachbarländer. Für die deutsche Sozialdemokratie sprach Genosse O. Braun-Berlin. Am Abend fand ein Fest zur Feier des 35-jährigen Bestehens des sozialdemokratischen Verbundes statt, der gleich nach der berührlichen Auflösung der dänischen Zillale der Internationalen Arbeiterschaft gegründet wurde.

Am zweiten Verhandlungstage wurden die Anträge zum Parteidokument verabschiedet. Das einleitende Referat hatte Stauning übernommen. In der Militärfrage fordert das Programm die Absetzung, Ertrag der feindlichen Heere durch internationale Schiedsgerichte, Erziehung des Volkes zur Wehrkraft durch einen planmäßigen Unterricht der Jugend in Gymnastik und Gebrauch des Waffen. – Weiter werden konfessionale Sonntagschulen, Verhinderung des Grundbesitzes usw. gefordert. Von besonderem Interesse ist das neu ausgearbeitete vom Genossen Haase vertretene Agrarprogramm, das die Verstaatlichung der Adelsbesitzungen, Parochien usw. sowie des unbewohnten und vernachlässigten Bodens fordert. Das Expropriationsrecht der Gesellschaft wird erweitert, gesellschaftlicher Grundbesitz soll in der Regel an Betriebe abgegeben werden. Die Nutzung des gesellschaftlichen Bodens wird Landarbeiter und Gleichgestellten überlassen, das notwendige Betriebskapital wird, wenn notwendig, durch die Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Wo kooperativer Betrieb vorstellbar, wird er durch die Gesellschaft geführt. Im übrigen gewährt der Staat der Landwirtschaft seine Hilfe durch Gewöhnung von Betriebskapital, Hilfe bei Bodenverbesserungen usw., Organisation und Erhaltung des landwirtschaftlichen Schulwesens. Der Staat regelt und beaufsichtigt den privaten Wohnhausbau und bekämpft die Bodenverspekulation durch Eigentum des Arbeiterswohnungsbaus. Wo das Gebrauchsrecht gesellschaftlichen Bodens wird, werden entsprechende Abgabe festgesetzt.

Der Abdruck wurde im wesentlichen das Einverständnis mit den vorliegenden Programmschlägen zum Ausdruck gebracht. Staunings These, daß das Programm keine Zwangsjagd, sondern ein Arbeitszeug sein müsse, der in der praktischen Arbeit nicht hinderlich ist, fand ungeteilte Zustimmung. Einschließlich des Agrarprogramms beschlossen sich die bodenreformerischen Anhänger des Lloyd George gern zu machen, die aber keinen Zuspruch fanden. Dagegen fand ein Ergänzungsvortrag Annahme, der neben der Grundbesitzsteuer eine Besteuerung des Vermögens forderte. Das Programm wurde sodann angenommen.

T	Ronturenlos ist nur	T täglich 8.20 M
ymians		Thalia- T 5 u. 7
Einzelt!		Wochen 4.20
Tredder- H	Göttinger Str. 6	Elephant 4.30
Sonntags 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum		
Grüßschoppen 20 u. 30 Pf. Eintritt. Donnerst.: „Damekaffee“.		
Vorzugst. Woche u. Sonnt. nachm. gültig.		

Kios	Kunststoff 3.70
Eduard 1.20	
Wein 1.20	
Kunststoff 3.00	

Möbel in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen beziehen Sie nur aus **Wilsdruff** vom Genossen **Zschoke**

Kein Laden geraden vom Bahnhof kein Laden : Ausstellung kompletter Musterzimmer : Grosses Lager in Stühlen, Spiegeln usw. Sicherung frei ins Hand. Mehljähre. Garantie. Zahrgeld wird vergütet. Eigene Taverneer-Werkstätten.

Im eigenen Interesse

empfiehlt es sich, bevor Sie Ihren Bedarf an wirklichen Gütern und preiswertem Gerät. Winter-Garderobe bedenken, daß große Lager der Firma

371. Pimsler, Dresden, Gr. Brüderg. 371.

Nebst dem Postplatz, gegenüber der Sophienkirche zu befindigen. Sie erhalten jetzt Wirkungsstücke u. 7 M. an. getr. Winterpaletotis u. 5 M. an. eins. Radets und Stoßholzen u. 2 M. an. Sicht-Belegstück in neuem Herrenanzug, teils auf Rücken gearbeitet, 1 u. 2. Größe, u. 9 M. an. Winteranzug u. 8 M. an. sowie Herrenwesten und Winterwäsche.

Hochlegante neue Ulster sowie Winterjuppen. Kinderanzüge u. 8 M. an. sowie Peterinen. Sicht-Belegstück in neuem und geprägtem Schubwurf. – Gehrock. Anzüge werden billiger verliehen und verkauft. Bitte genau die Nr. 37 zu beachten.

Bei Kauf eines Anzugs ad. Paletotis ein Paar Hosenträger gratis. Jahrmarkt-Sonntag den 2. März geöffnet. Kunden von auswärts erhalten Fahrvergeltung.

Wir empfehlen im Kreise herausgelegt in guter Ausgabe:

Die berühmten Romane

von Upton Sinclair

Metropolis, broschiert 1.25

In zehn Jahren, gebunden 1.35

Vollbüchhandlung, Große Zwingerstraße 14.

Besondere Angebote!

Barchenf-Beinkleid.	extra weit, schwere Qualität, einfärbig und gefärbt	95 Pf.
Kinder-Trikotanzüge.	mit Rauten, Rüschen u. Hermel, alle Größen	95 Pf.
Extra große Wirtschaftsschürzen	95 Pf.	
Blusenschürzen	1.35, 1.25, 95 Pf.	
2 m Velour-Abschnitte	auf pa. Belour, sonst Meter 75 Pf., jetzt 2 Meter	95 Pf.

Reinwollener Cheviet,	schwere Qualität, in engl. Geschmack	95 Pf.
Hochelégante Samtblusen	mit Butter, neueste Stoffe	5.90
Damen-Blusenoberhemden	auf Stoff-Samt	3.25
Haus- und Servierkleider	aus Stoff-Samt	3.95
	(A. 102)	

Zur Konfirmation!

Stickerei-Unterrock	1.95	
Stickereirock	mit breitem Stickerei-velant	2.95
Anstandsrock	mit Spize	95 Pf.
Untertäillen	2 Stück	95 Pf.
Schwarzes reinwollenes Safintuch	gediegene Qual	1.35
Eleg. fertig. Konfirmationskleider	aus reinwollenem schwerem Satin-tuch, eig. Konfektion, auch nach Maß	12.90
Konfirmations-Taschentücher	mit Spize	35 Pf.

Barchenf-Beinkleid	mit Baudette	95 Pf.
Weisse Taghemden	in gefärbter Farbe	1.25
Taghemden	mit eleganter Stickerei	1.75
Rorsets	im Drell, glatt grau	1.45
Schwarzer reinwollener Cheviet	doppeltbreit Meter	95 Pf.
Eleg. fertig. Kleider	in weiß, farbig und schwarz, aus besten reinwollenen Stoffen, auch nach Maß	16.50
Drei Paar Strümpfe	mit verst. Seiden und Spigen	1.45

Otto Heinemann
NurWebergasse 26
Gegenüber der Bärenschänke

Teppiche u. Gardinen

gr. Posten, haltbare Qualität.

Weiter von 30 Pf. bis 1 M.

Teppiche

von 4.50 bis 120 M.

Bettvorlagen und Felle

von 95 Pf. bis 6 M.

Chaiselongue - Decken

von 5 bis 30 M.

Portieren

Steilige, von 3 bis 15 M.

Tischdecken

in Stoff, Tuch u. Stoff von 90 Pf. bis 15 M.

Sofa - Bezüge

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zu den Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Die von den zentralen Einigungsinstanz in die sieben Sachsenkinder verwiesenen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit konnten allgemein ohne erhebliche Schwierigkeiten beendet werden. Nur die Unternehmer Mitteldeutschlands vor dem Gastarbeitsamt in Leipzig haben offene Forderungen angestellt. Als hier die allgemeinen Abschlagsanträge vorgelegt waren und die Verhandlungen über die einzelnen Wohngebiete (Potsdam, Berlin mit Industriegebiet) begonnen hatten, wurden sich die drei Schiedsrichter, Stadtrat Joseph Zehnig als Vorsitzender, Referendar Schindler-Potsdam als Berater und Referendar der Unternehmer und Arbeiterschaftsvertretung Mittel-Deutschland von den Geschäftsführern schließlich, daß die festzustellenden Lohnsteigerungen nicht nur auf die Mietwohnungen, sondern, wie beim letzten Tarifabschlag, auf alle bisher geplanten Wohnungen gelenkt werden. Darauf erklärten die Unternehmervertreter, daß sie unter solchen Umständen von weiteren Verhandlungen absehen möchten. Auch der Hinweis der Arbeiterschaft vertreter nichts, daß solche Erhöhungen vorläufig gar nicht angebracht seien, sondern daß über feste Ergebnisse der Verhandlungen erst in den am 22. und 23. Februar vor der zentralen Einigungsinstanz endgültig abzuschließende Verhandlungen sich die Centralorganisationen später definitiv erklären müßten; auch die Vereinbarungen des Vorsitzenden waren nötig. Daraus gaben die drei Schiedsrichter folgende Erklärung ab:

"Nach der Erfüllung der Arbeitgeber sehen sich die Unparteiischen nicht mehr in der Lage, mangels zustande gekommener Vereinbarungen, einen Schiedsspruch zu fällen. Sie halten lediglich ihre beiden zuvor abgegebenen Erklärungen aufrecht."

Bei einer weiteren Entscheidung über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit fehlen ihnen weitere Informationen. Diese sind nur durch mündliche Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu erlangen.

Da seitens der Arbeitgeber die Verhandlung abgebrochen worden ist, fehlt jede weitere geeignete Unterlage für einen sachgemäßen Schiedsspruch."

Schon während der doraufgegangenen kurzen Verhandlung zeigte sich drastisch, daß die Unternehmer nur auf eine Gelegenheit warten, die Verhandlungen abbrechen zu können.

Um auch die Frage der Arbeitszeit und der Löhne für den Bau Mitteldeutschland nach den von den Centralorganisationen getroffenen Vereinbarungen am 22. bzw. 23. Februar in Berlin verhandelt werden.

Vokale.

Die Arbeiterschaft der Firma Anton Reiche und der gelbe Wertverein

Um wird geschieben: In der Vorstadt Plauen zogte am Sonnabend etwas los sein. Die Polizei war stark angetreten. Von der Fabrik von Reiche war sie zu einem halben Zugang aufmarschiert, ohne daß zu sehen gewesen wäre, wer geschürt werden sollte. Schlag über Uhr stürzte die Arbeiterschaft durchs Hafeltor und direkt auf Uhr war der Saal des Wettendahlshagens bis ins letzte Blattchen vollgeschwollt. Von den in der Sitzung beschäftigten ca. 1600 Personen waren über 1400 dem Rufe gefolgt, Sitzung zur Gründung des gelben Wertvereins zu nehmen. Die Vertreter der beteiligten Gewerkschaften hatten die Reichen'schen Arbeiter zu dieser Versammlung geladen und die Zahl der Erschienenen hatte alle Erwartungen übertroffen, noch dazu auch das weibliche Personal in überaus großer Menge darunter war. Metallarbeiter Schwarz referierte über: Die Bedeutung der gelben Wertvereine. Ost von Zustimmung und grohem Beifall unterbrochen, schärferte er die Entstehung der freien Gewerkschaften und ihre ökonomische Notwendigkeit, um dann das arbeiterfähigende Wesen der Goldenen in ein gehender Welt zu schützen und mit reichlichen Vermögensmitteln zu belegen. Der brausende Beifall und die kampfesfreie Stimmung zeigten den gelben Brüderlichkeit, was sie mit ihrer Arbeitserziehung zu erwarten haben. Trotz Aufforderung nahm von den anwesenden gelben Gründern niemand das Wort. Nach kurzer Debatte und einem eindrücklichen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die imponierende Versammlung, die wohl der Arbeiterschaft volle Starke über die gelbe Gründung gebracht hat, geschlossen.

Einen hartnäckigen Kampf mit der Wahrheit führt das Organ des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe in Dresden. Das Blättchen ist natürlich nur zu dem Zwecke gegründet, die Bauarbeiter in Sicht auf den zu bevorstehenden Kampf im Baugewerbe gegen ihre Organisation wie gegen die allgemeine Arbeiterbewegung zu verhegen. Es hat sich zu diesem menschenfeindlichen Zwecke einen Dr. Schindermann angemietet. Dieser ist informiert, daß der "berühmte gerechte Mann", als er von Sachsenministri in seiner Weise in seinem Steinernen Stampf gegen die Arbeiterorganisation wie die Wahrheit bestimmt wird.

In seiner Erwideration auf den Nachweis der Unrichtigkeit seiner Behauptungen über die "brennende" Frage des Juristen und Maurer-Einkommens in der Nummer vom 16. Februar tritt er unter allerhand Verlegenheitsgestammel einen vollkommenen Rückzug an. Bei seinen Darlegungen, mit denen er seinen Vereinigungsbestreitungen will, hat er aber nur das Wahnsinn, einige neue, und zwar handgreifliche Unnachheiten aufzufliegen. So behauptet er: "Es ist eine allgemeine Gespöttigkeit im Baugewerbe, die Gehilfen zu bezahlen, in anderen Berufen bekommen sie nicht!"

Wein der "Kunze des Wirtschaftslebens" seine Rose nur einmal gerade jetzt vor Cäsar in den Jurapotentat einer Tageszeitung stehen würde, dann würde er merken, daß diese neue Behauptung ebenso unwohl ist, wie seine früheren teils schief, teils unwohl gewesen sind.

Doch die Lehrlinge bei den Ausbildungsbetrieben nach Feierabend die Werkstatt auszuräumen müssen, findet dieser Gefülskramens ganz in der Ordnung. Und die Begründung? "Weil in anderen Berufen die Lehrlinge noch viel länger ausgebaut werden!" Eine sonderbare Logik, die einer Entschuldigung des Vieches gleichkommt: "Andere haben auch!"

Höchst ist der leige Satz des Verlegenheits-Glaubworts:

"Außerdem ist es für unsre Vereinigung vollständig belanglos, ob der Lohn eines Lehrlings ein paar Pfennige niedriger eingestellt wird. Das Gesamtbild erleidet keine Veränderung."

Bumsum! Der Verfasser dieses unfreiwilligen Witjes lieber schreiben sollen: "Es ist ganz gleichgültig, ob meine Ausführungen den Tatsachen entsprechen oder nicht. Sie haben nur den Zweck, zu zeigen, wie gut es die Bauarbeiter auf der Welt haben im Gegensatz zu den unglücklichen Juristen!"

Wie können dem Verfasser und seinen Hintermännern schon jetzt verraten, daß mit solchen "Sirenenköpfen" kein Bauarbeiter seiner Organisation adäquat gemacht werden kann, daß Ansehen der Bauarbeiterchaft in der öffentlichen Meinung aber arg in die Brüche gehen wird.

England.

Achtung, Maschinenvorpersonal bei Schiffahrt!

Die am 10. Februar über die Fischdampfer der Unternehmung Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham verhängte Sperrung wegen Tarifbruchs dauert unverändert fort. Alle gegenwärtigen Erklärungen der Preise oder seitens der Fischdampferbetreiber durch Briefe, Telegramme oder mündliche Erklärungen von Agenten und Kapitänen, daß die Differenzen beigelegt sind, entsprechen nicht der Wahrheit. Das Maschinenvorpersonal der Fischdampfer führt mit aller Energie den Kampf für seine Rechte fort. Die Fischdampfer werden fast sämtlich mit ungenugendem Maschinenvorpersonal besetzt in See gesetzt, verschiedene Unglücksfälle sind bislang geschehen. Schön zu verzeichnen. Die geplante Beleidigung wird gegenwärtig der Reeder außer Kraft gesetzt, trotzdem über 200 Fischdampfermaischnissen an Land liegen. Leute, die als Heizer anmauern, werden zum Oberheizer befördert und müssen dann die Dienste des 2. Maschinisten verrichten.

Belegtes Zeugnis spricht dafür, wie Reeder und Behörden gegen das Maschinenvorpersonal vorgehen:

Reeder:
Dampfer:
Dienstantritt:
Dienstauftritt:
Dauer der Dienstzeit: 50 Monate 10 Tage
Dienststündigkeits: gut
Betragen: gut
Rücksicht: nichts
Ursache der Entlassung: Aussperrung.
Geestemünde, den 1. Februar 1913.
Unterschrift des Kapitäns.

Vorstehende Unterschrift wird hierdurch bestätigt.
Geestemünde, den 12. Februar 1913.

Stempel der
Maschinenvorpersonal:
Maschinenvorpersonal:
Ein berat gezeichnetes Zeugnis ist sowohl nach der Seemanns-

ordnung wie auch nach der Gewerbeordnung angemäßt und wird gerichtlich angefochten.

Die Aussperrung wurde von Seiten der Reeder am 8. Januar d. J. für ausgeloben erklärt und sämtliche Maschinisten militärisch und schriftlich aufgefordert, wieder an Bord zu kommen. Diejenigen die Maschinisten aber, weil die Reeder den durchbrechenden Tarifvertrag nicht von neuem anerkennen wollten, und dies ist auch heute noch nicht geschehen.

Kein Maschinist oder Heizer lasse sich durch irgend welche Versprechungen verleiten, Stellung auf einem Fischdampfer der Unternehmung einzunehmen, da er dadurch seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fällt.

Ein jeder überstrengte Solidarität!
Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Betriebsgenossen Deutschlands.

Die Leistungen des Metallarbeiterverbundes in Sachsen.

Nach dem Jahresbericht der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbundes in Sachsen ist die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 82 000 auf 90 649 gestiegen, wobei allerdings auf den Uebertritt des Schmiedebandes 2894 Mitglieder kommen.

Augmentedlich stand in die Flutuation. 28 741 Eintrittsstellen stehen 16 151 Ausscheldene gegenüber, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Rechte als jüngst 4049 beträgt.

Einer Gesamt-Einnahme (Haushalt und Betriebsstoffen) von 4 373 913,97 M. stehen Ausgaben im Gesamtbetrag von 3 655 963,87 M. auf.

Es wurden u. a. ausgetragen für: Streitunterstützung 116 913,82 M., Wohregelungskunterstützung 20 802,41 M., Arbeitsbeschaffung 165 688,67 M., Krankheit 504 503,27 M., Bildungsmaße 110, 74 084,05 M. An die Hauptstelle wurden abgeliefert 1 612 968,44 M. Zu den Betriebsstoffen war am Schluß des Jahres insgesamt ein Haushalt von 682 886,18 M. vorhanden.

Die Zahlen zeigen die Leistungsfähigkeit der sich auszeichnenden entwickelnden Organisation.

Eine Reichskonferenz der Straßenbahner

einberufen vom Deutschen Transportarbeiterverband, findet am 27. und 28. März in Frankfurt a. M. statt. Tagessordnung: 1. Das Reichskongress der Straßenbahner Deutschlands. Referent: Reichs-Verbandsvorsitzender Oswald Schumann Berlin. 2. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Straßenbahner Deutschlands. Referent: Hermann Rothmann Berlin. 3. Die Verbindung von kommunalem und Betriebselektro im Straßenbahnbetrieb und ihr Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der Angestellten und Arbeiter. Referent: Emil Meled-Berlin.

Lohnbewegungen.

Ein Streik der Tapetzieher ist bei der Firma Genthin, Stöß u. Comp., Schildwandsfabrik in Böhmisch-Müglitz (Wippe-Detmold), ausgebrochen.

Der Streik der Glasarbeiter in Lünen bei Dortmund dauert unverändert fort.

Zum Streik der Glashütter.

Bodenbach, 17. Februar. Auf der böhmischen Elbe jüngst heute die gesamte Döbelner Firma und die Heizer sämtlicher Dampfer. Trotzdem wird der Betrieb mit den Steuerleuten und den Maschinisten in beschaulichem Umfange aufrechterhalten.

2. Tanzstätte. Zum Besen der Ausgabestelle Goldhüttel-Gittersee der Central-Arbeiter-Bibliothek Plauenscher Grund wurden beim Unterzeichneten folgende freiwillige Juwelenabgaben: 2,80 M. Bandengrosch. Gittersee Tanztour in der Redebachhütte 0,80 M. Genoss. Orl. 0,60 M. Genoss. Rich. Hempel, Goldhüttel 0,90 M. Vereinigter Männer- und Frauenchor, Gittersee, Tanztour im Goldhüttel 10,00 M. Orl. Horn, Bibliothekar.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 28 Gastspiel der weltberühmten australischen Tanz-Schönheit „Sabaret“

Außerdem: das total neue, erskl. Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Theater-Tunnel: Künstler-Ensemble.
Anfang 10 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Kaiserhof-Kino, Radeberg.

Nur zwei Tage! Dienstag und Donnerstag Nur zwei Tage! Die Jagd nach den Millionen.

Neuerst spannendes Drama in drei Akten und das andere reizhaftige Programm. — Donnerstag von 3 bis 6 Uhr: Große Kindervorstellung. Ein Eintritt: Marionetten-Theater. [K. 8]

Konfirmanden-Anzüge, idyllisch und blau, eins und zweiteilig, sowie Schul-Anzüge in allen Größen.
Neue Schuhe für Herren, Konfirmanden und Kinder
überholt billig.

Garderoben-Haus Wöhler, Dresden
12 Breite Straße 12.
Richten Sie auf bunflekte Schiller.

Sie sparen

die Hälfte, wenn Sie herzlichlich wenig getragene Kleider kaufen.

Anzüge von 7-12 M. Herren-

kleider und Mäntel von 6-12 M.

Topas 3-8 M. Gürtel 2-6 M.

Schuh 2-5 M. Schalst. 4-6 M.

Stroh-Blätterblatt in 18162

Nur Gr. Brüderl. II. II.

Gingano Querette. 2000

Landes v. z. Fahr. verglast.

Extrafeine Tafel.

Butter

Pfund von 125 Pf. an

Preis, Webergasse 10.

Schäferstr. 43.

Rüden-Groß

M. p. zw. Weinstraße 17, zw. 1.

Vorschiff! Man kann sich beim Ein-

kauf vor Weihnachten mit kleinen Geschenken und kleinen Preisen aus.

Post divers

D.L. schw. sohle

Bra-Sch

Größe 35-36

Cheviot

Groß

37-

Für Made

Don

Sc

klein Sa

Ur

**Ziehung vom 8.-13. März
Geld-Lotterie**
Zwecken des Landesvereins
vom Roten Kreuz
im Königreich Sachsen.
12894 Goldgewinne, ohne Abzug
185000
Hauptgewinne:
40000
20000
10000
5000
etc. etc. etc.
Lose à 2 Mark (Porto, Liste 30 Pf.)
versendet das General-Debit:
Alexander Hessel
Königl. Zeile, Klostergasse 1,
Dresden, Waissegasse 1.
Verkaufsstellen durch Platzei Lenzen.

Gardinen
Nette von 1 bis 5 Meter
höchstbillig zu verkaufen.
Starer, Dresden
Grunauer Straße 22, 1. Etg.

JASMATZI-DUBEC
die altbekannte
Cigarette
Bei nur in der gesetz Packung mit dem Tabakblatt!
Georg A. Jasmatzi A.G. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik

Mod. Trumeaus
von 33-34 an
Pfeifer-Spiegel
von 34-35 an
Enormes Boger
Tränkers Möbelhaus
Görlitzer Straße 21/23
Extrafeine Tafel.

Oxyflüsse
Mit Eisen, vernickelt radial
Reinsteinsches Gefüget. Patentiert
Nr. 14196. Bernau a. d. Ruhr, Reinsteinsches
die Kopfplatte v. Schlosser, Reinsteinsches
Haarschäfte, rostfrei. Rostung v. Farben
Wichtig! R. Reinsteinsches, Tafel v. 1000
erwünschungen. Pl. 1 & 2 L. — 1. 100 M.
1000 Tafeln und Autoren.

Vorschiff! Man kann sich beim Ein-
kauf vor Weihnachten mit kleinen Geschenken und kleinen Preisen aus.
Mit kleinen Geschenken und kleinen Preisen aus.
Mit kleinen Geschenken und kleinen Preisen aus.

Prager Strasse,
Ecke Weisenhausstr.

Residenz-Kaufhaus

G.m.b.H.

Prager Strasse,
Ecke Weisenhausstr.

Grosser Schuhwaren-Verkauf!!

Empfehlenswerte Einkaufsgelegenheit für den Frühjahrsbedarf.

Post. Dam.-Filzhausschuhe
diverse Farben, Filzsohlen
Paar 95,-

Posten Dam.-Led.-Reise-
schuhe braun, mit Leder-
sohlen . . . Paar 195,-

D.-Led.-Hausschuhe 245,-

Grosser Posten
Boxleder-Schuhstiefel
für Knaben und Mädchen,
breite Normalform
Größe 425 27-30 475 31-36

Posten
braune echt Ziegenleder-
Schnürstiefel, Derby, breite Form
Größe 465 25-30 535 27-30 585 31-36

Posten braune echt
Chevrealeder-Schnürstiefel
Derby, Lackkappe, breite Form
Größe 590 27-30 685 31-36

The Vera
American Shoe

kleidet Ihren Fuss zu jeder
Saison u. Gelegenheit modern
und schick.

Für Damen u. Herren 1800
Made by Rice & Hutchins Inc. Boston
Mass. U. S. A.

Die Waren sind auf Extratischen übersichtlich ausgelegt.

Konfirmandenstiefel.

Mädchen-Chromkid-Schnürstiefel
Lackkappa, mit und ohne Derby, moderne Fasson und
Absätze, Grösse 36-40 Paar 650

Mädchen-Chrom-, Chevr.- u. Boxcalf-
Schnürstiefel mit u. oh. Lackkapp. auch m. Derby,
amerik. Form u. Absätze, Gr. 36-40 850

Mädchen-Chevreau- u. Boxcalf-
Schnür- u. Knopfstiefel mit u. ohne Lack-
kappen. Derby, moderne, eleg. Fasson, z. T. Goodyear-Welt, Gr. 36-40 1050

Knaben-Boxleder-Schnürstiefel
breite Form, solide Ausführung, Grösse 36-40 Paar 650

Knaben-Boxleder-Schnürstiefel
mit und ohne Lackkappen, amerikanische Form,
Grösse 36-40 Paar 790

Knaben-Boxcalf-Schnürstiefel
Derby, auch mit Lackkappen, elegante, moderne Form
und Ausführung, Grösse 36-40 Paar 985

Damen - Halbschuhe und Stiefel.

Chromkid-Schnürschuhe
u. Stiefel, Derby, schwarz u. braun,
mit und ohne Lackkappen, Lackblatt-Knopf-
u. Schnürschuhe 650 mit diversen Einsätzen Paar

Chromkid-Chevreau- und
Boxcalf-Schnür-
schuhe u. Stiefel,
schwarz und braun, mit und
ohne Lackkappen, auch mit
Derby Paar 850

Chevr., Boxcalf- u. Lack-Schnür-
und Knopf-Stiefel und Schuhe,
div. elegante Fass. u. Ausführung, schwarz u. braun, Paar 1050

Herrenstiefel.

Chevr. und Box-Schnür-,
Schnallen- und
Zugstiefel, div. mod.
verschiedene Passform, Paar 850

Chevreau- und Boxcalf-
Schnürstiefel
Derby, mit und ohne Lack-
kappen, moderne elegante
Form Paar 1050

Unsere Spezialmarke Reka-Stiefel
Eine Glanzleistung deutscher Schuh-Industrie.
in allen Ausführungen, Lederarten und modernen
Fassons kosten Reka-Stiefel
Damen: Herren:
Reka Extra . . . 11.75 Reka Extra . . . 12.50
Reka Luxus . . . 15.50 Reka Luxus . . . 16.50

Posten
Weiss Leder-Spangen-
schuhe, durchgehähte Ledersohlen u.
Absätze, etwas angeschmutzt,
Größe 165 25-30 195 27-30 225 31-36

Posten
Weiss Leder-Schnür-
stiefel, breite Form, flache Absätze,
etwas angeschmutzt,
Größe 325 25-30 350 27-30 375 31-36

Posten
Weiss Leder-
Damen-Halbschuhe
zum Schnüren und Knöpfen,
Derby, amerikanische Form
und Absätze 350 Paar

Damen-
Weißleder-Schnürstiefel
gehähte Ledersohlen, schlanke
Form, 485 Paar

Damen-Lackleder-
Molière - Schnürschuhe,
sparte Schnallen-Garnitur,
Celluloid-Absatz, 550 Paar

Restbestände in
Ramelaarstoffschuhen
für Damen und Herren

Herren:	Damen:
Serie I jetzt 180	160
Serie II jetzt 225	190
Serie III jetzt 285	235

Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Schlussstage der

Wirtschafts-Woche.

Arbeiter, Hausfrauen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten
und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der

→ Volkszeitung.

114. Sitzung
der Bürgerschaft
Präsident
gestern erfolgt
heute steht



Versäumen Sie nicht, unsre 95-Pf.-Tage zu besuchen!

Die Neueröffnung
meines Garderobenhauses findet
Freitag den 21. Februar

statt. Daselbe bietet für jeden den Wert auf
elegante Garderobe lebt, große Vorteile.

Garderobenhaus

4 Zur goldenen Vier 4

Dresden, Wallstraße

Ich offeriere zu stauende billigen Preisen
nur wenig getragene herrliche Kleider

Monats-Garderobe

Getragene Maß-Anzüge von 8 M. an.
Getragene Überzieher u. Ulter von 6 M. an.
Unterholzen eing. Jackets und Stoffholzen, von 2,50 M. an.
Somie eing. Westen.

Konfirmanden-Anzüge
Schwarz und Blau, sowie Kinder-Anzüge
in großer Auswahl, äußerst billig.

Neues Schuhwerk f. Herren, Burschen u. Kinder.
Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge
werden billig verkauft und verliehen.

Zur goldenen Vier

Dresden-A., Wallstr. 4 (2. Haus vom Postpl.)

Kunden vom auswärts erhalten
Fahrvergütung. Jeder Käufer erhält
ein praktisches Feuerzeug gratis.



**Das Eine steht nun
mal ganz feste:
Zum Putzen ist
Urbin
das Beste!**

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Frauen

gebraucht bei Störung Dr. Stoss
Verleihen zu jeder Zeit 2,50
M. Löffler, via 90
Gedächtnis, Gummizweckhandlung.

Achtung! Leuben!

Stadt 150 Str. gute Leibes
lowie großer Boten Etwas
Kartoffeln (Magnum bonum) das
preiswert abgegeben Fritz Schmidt,
Denken, Salzgasse 22.

Die Volksschule
sicht gegenwärtig im Vordergrund des Interesses; wer
über die Volksschule gut unterrichten will, der lasse
Die Volksschule wie sie ist
Die Volksschule wie sie sein sollte
von Otto Rühle
Preis je 25 Pfennig
zu beziehen durch die Volksschulbuchhandlung, Gr. Springerstr.

**Ich muss
reden**

in meinem Berufe. Darum
fahre ich das beständige
Bansana-Husten-Bonbon
Schaakaden-Hering seit mir.

Frauen- Tee!
Mittwoch, Samstag 10 U.

Aus
Frauen-Artikel.

R. Freisleben

Postplatz.

**Strumpfwaren- u. Tricotagen-
Fabrikation Paul Kruse**
— Dresden. —

Dekor-Schäfte:
Gerostraße 54
Bautzner Straße 23

Annenstraße
Gute Flemmingstraße.
Großes Spezialunternehmen
Dresden.

Direkter Verkauf an Orte.

Teppiche
mit Seinen Webstühlen ihr
Sälfie bei Berndt
Starow, Dresden
Gruner Straße 22, 1. Etg.

15 Betten. u. Gebetw. u. 16 St.
u. Nähwaffe. 20 u. 26 M. kleine
Gefäß, berreichst. Gittern. u.
Damenkleidung spottbillig.
J. Arit, Weiden, Schloßgasse
Gasse 22.

D
die beste

7
aus echt
richtig, g

1
von St.

H

Frau

Sc

Dentis

Dresden-

vord

A 108/15 plati

Reichstag.

114. Sitzung. Montag, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatliche: Raupe.

Präsident Raempf machte dem Hause Mitteilung von dem gestern erfolgten Ableben des Abg. Dr. Schäfer (Bundt). Das Gesetz gibt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Die zweite Veratung des Postleitats

Abg. Jübel (Sog.):

Von den 100 Millionen Ueberschüssen der Postbehörde könnten sehr wohl einige Dutzend denjenigen Beamten zugemeldet werden, denen die Nebenkosten in erster Linie zu verantwo. Herr Kretz meinte, wie Sozialdemokraten wüssten den Unterbeamten nichts geben, denn wir lehnen ja den ganzen Staat ab. Das werden wir tun, solange die Freiheit mehr als zwei Drittel für unfaulische Zwecke, für militärische Zwecke zu Wasser und zu Bombe in den Tod schicken, um dann im gegebenen Falle eine massenhafte Menschenabschafferei ins Werk zu setzen. (Sehr wahrt bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten werden uns bei dem diesmaligen Postleitst mit seiner Handel mit der Regierung einsetzen, die Forderungen der Kommission sind das Mindeste, was für die Beamten überhaupt verlangt werden kann. Häufiger kommen von den Beamten eine Fülle von Petitionen an das Haus; die Unterbeamten spalten von dem „wurmen“ Herzen des Staatssekretärs nichts, zwischen ihm und ihnen ist eine Furcht aufgeworfen. Auch das Vertrauen des Publikums zum Leiter unserer Postverwaltung ist im Schwaden begriffen, denn unter seiner Leitung ist es nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen. Er erinnerte nur an die Verkürzung des Ortspostos, an seine Verluste, die Telephongebühren zu erhöhen, an den Schiedsgericht, den er nicht fördert, sondern erschwert will. Für die Beamten hat er immer nur Schikanen und noch den Schiedsgericht fürstet. Er will immer sparen, sparen, sparen, aber an unrichtiger Stelle, bei den unteren Beamten. Er bezahlt als Junggeselle 1100 M.; er sollte einmal zwei Jahre lang 4000 M., davon abtreten, dann hätte er vielleicht das Recht, zu sagen: die Beamten brauchen keine Rente. Gepaart können werden, wenn der Aufsichtsdienst eingeschränkt wird. Auch das Strafgericht gibt auf allen Postämtern zu klagen Veranlassung. Ein Teil der gebrochenen Unterbeamten wird nicht in gebrochenen Stellen beschäftigt, was die Dienstreihigkeit nicht fördert kann. Durch eine einheitliche Regelung könnten ganz bedeutende Sparmaßnahmen ergreift werden. Der Postspendienst könnte ganz von unteren Beamten geleistet werden, die freiwerdenden mittleren Beamten könnten im Schalterdienst Verwendung finden, wo die Beamten jetzt schon stark überlastet sind und mit dem steigenden Verkehr noch mehr überlastet werden müssen. — Bei den Telephon- und Telegraphenarbeitern haben die Räume mit der Verkürzung des Lebensmittel nicht Schritt gehalten. Der Anfangslohn ist ganz verschieden. In einigen Städten 8,20 M., 8,80 M., 8,40 M., in Hannover 4 M., im Reichstag und Erfurt aber nur 3 M. Sind denn dort die Lebensverhältnisse so viel billiger? Sie müssen, daß das Reichspostamt eingreife und einheitliche Grundlage der Entlohnung durchführen soll. Bei Krankheit verlieren sie ein Drittel bis ein Viertel ihres Einkommens. Die Post sollte doch wie einständige Privatbetriebe dafür sorgen, daß die Differenz zwischen Lohn und Rentengeld beglichen wird. Auch bei der stadtähnlichen Anstellung erledigen die Deute einen Nutzen, was wohl aus der Welt geschafft werden könnte. Wenn ein Arbeiter fram geworden und von den Eltern als fünftig unbrauchbar bezeichnet wird, wird er wie eine ausgenutzte Person auf die Straße geworfen und niemand nimmt sich darum, was aus ihm und seiner Familie wird. Auch das sollte der Staatssekretär einmal in den Bereich seiner Erwiderungen ziehen. Bei etwas guten Willen hätte man die Telegraphenarbeiter sehr wohl in die Bezirksbeamtenkasse aufnehmen können. Dann haben diese Deute auch den bringenden Nutzen. Verurteilung von der Verwaltung zum Geldabholzpreise gefestigt zu erhalten. Dieser billige Wunsch sollte doch wirklich erfüllt werden. Die Post- und Telegraphenarbeiter sind die einzigen Angestellten, die niemals unländer angesetzt werden. Man sagt, sie seien vielzahl. Aber für diesen Fall könnte ja die Unländerkasse wegfallen. Man sagt auch, man müsse sie bei städtischen Verfehlungen entlassen können. Die Telephonbeamten werden doch erst mit 27 Jahren einsatzfähig angestellt, und da werden sie sich die tollen Jahre schon abgelaufen haben (Heiterkeit), ganz abgesehen davon, daß man gezwungen ist disziplinarisch gegen sie vorgehen könnte. — Die Markenkleinverkäuferinnen bekommen nur 2,70 M.; 8 M. sollte doch die Ruhmehrfachung für diese Damen sein, die Stundenlang in dem engen Raum eingeschlossen sind. (Austimmen bei den Sozialdemokraten.) — In welcher Höhe und aus welchen Gründen die Reisegelder an andere Beamte gegeben werden, sollte uns in einer Uebersicht gegeben; es wird behauptet, daß manche höhere Beamte 2000 bis 3000 M. beratlicher Entfernung bekommen. (Hört hörst bei den Sozialdemokraten.) — Den Klagen der Postbeamten gegenüber hat der Staatssekretär nur taube Ohren; dabei nimmt die

Erneuerungsgesetz der Postbeamten beständig zu. Die geringe Sterblichkeitsrate der Postbeamten, auf die sich die Verwaltung beruft, beruht einfach darauf, daß die Postbeamten, sobald sie ein Jahr freit sind, entlassen werden. (Hört hörst) An diesen Orten wird über Nacharbeit infolge des Mangels an Effizienz geplagt; dagegen ist das Aufsichtspersonal überall sehr zufrieden, in dieser Beziehung können die Zustände bei der Post nur mit den Zuständen in Buchholzhausen verglichen werden. — Noch einige Worte zu den Krankenkassen. Sollte man ihre Verwaltung in den Händen der Beamten lassen, so würden sie wohl ebenso musterhaft verwaltet werden, wie von den Arbeitern die Krankenkassen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen sind von der Verwaltung Projektvorlagen erarbeitet worden, zu denen die Beamten mit mehr als 4 Kindern einen erhöhten Beitrag zahlen müssen. Wie reicht sich das mit den Leistungen zur Deckung der Geburtenziffer zusammen? Die Verwaltung ist den Beamten genommen und ganz bureauratisch geregelt. Im Augenblick auf die Leistungen sind die Kosten nur mit den Landeskassenfonds zu vergleichen. Bei einer Selbstverwaltung würden natürlich auch die Leistungen entsprechend sein. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) — Unberücksichtigt sind die Zustände in Köln, wo jeder Beamte und jede Beamte die Mindeste, zu der sie einmal ausreichen, um ihre Rente aufzurichten, um dann ein Buch einzutragen müssen, und ebenso die Mindeste ihrer Rücksicht. Die Verwaltung sollte sich kümmern, an weibliche Personen und auch an die männlichen folge Ausnutzung zu stellen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Beim Postamt Weidenburg liegen die Briefträger über Postfahrtüberholung; der Staatssekretär sollte sich einmal die Mühe nehmen und mit seinem Auto oder Zweispänner hinunterfahren, um den Dienstplan dort anzusehen, dann wird wohl auch er zu der Erkenntnis kommen, daß dieser lediglich der Sparsamkeit halber aufgestellt ist. Auch über Straßen, die in ganz rigoroser Weise verhangt werden, haben die Briefträger dort zu klagen; ebenso über ganz mangelhafte hygienische Zustände im Briefträgerraum.

Auf dem Postamt 48 in Berlin werden alle Unterbeamten, gleichmäßig welche Stellung sie haben, von dem Obersekretär Höppel zum Saaltagen berangsogen. Es erütherten dort 18 Saaltagenpläne, die von den Leuten der Reihe nach auswendig gelernt werden müssen. (Hört hörst bei den Sozialdemokraten.) Wer die Prüfung hierüber nicht besteht, dem wird vom Obersekretär erlaubt, die Pläne müssen in der freien Welt an Haufe gelernt werden. (Erneut hört hört hört) Auf manchen dieser Pläne sind 300 Orte verzeichnet. Der Staatssekretär sollte die Anweisung geben, daß der Obersekretär Höppel innerhalb 8 Tagen diese 18 Pläne auswendig lernt und dann dem Staatssekretär eine Prüfung darüber ablegt. (Heiterkeit und Sehr guul bei den Sozialdemokraten.) Alles hierzu zu dumm, so hat er im Postdienst nichts mehr zu suchen. Daraus wird ihm wohl die Lust zu solden Dienstplänen vergehen. — Die Postwagenführer in Berlin haben den Oberpostdirektor Voitker vor die Lieferung warmer Mahlzeiten während des Winters. Er schlägt das ab und gab ihnen den guten Rat, sich Frieden zu machen, aber aus einem Mitteln, angeschafft. Dieser Rat hätte er sich auch sparen können. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Unterhaltungsgelder werden mit großer Willkür verteilt. Gerade die bedürftigsten Unterbeamten erhalten nichts. So hat auf dem Postamt 68 der Postdirektor ausdrücklich gefordert, er wolle mit dieser Unterhaltung die Unterbeamten trösten, weil sie, wie er glaubt, mit Materialien haben zugesehen lassen. (Hört hörst bei den Sozialdemokraten.) Auch ein anderer Postdirektor folgte an den Unterbeamten ähnlich: „Geht doch zu Ruhe!“, und fügte hinzu: Unterhaltung kann ihm Ruhe den Büdner untertragen. Wie ist das Urteil des Herren natürlich sehr gleichgültig, aber für ihn ist die Auslandsschule bezeichnend (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten), und jedermann bewilligt der Reichstag die Unterhaltungsgelder nicht für solche willkürliche und unangenehme Verteilung. (Austimmen bei den Sozialdemokraten.) Es sollte uns einmal ein Plan über die Verteilung der Unterhaltungsgelder geben. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Eine Telegraphengesellschaft aus Hamburg, die durch einen kurzen Wechselstrom einen Betrieb aufstellen will, mußte durch einen Richter entschieden, daß leicht das größte Unglück entstehen kann. Da alle Ein- und Ausgänge infolge der ungünstigen Räumlichkeiten vollkommen verstopft sind, bedenkt die Zukunft für die Hausdiener und jungen Mädchen, die die Post abliefern, wie für die Beamten eine kündige Gefahr für Leben und Gesundheit. Achttägige Rüstzeit fallen sich auf den Wochentagen, wo Poste mit 20 M. Aufschlag zu den Bürgern abgeliefert werden, entziehen. Vielleicht könnte die Postverwaltung auf die Geschäftsführer einwirken, ihre Poste lieber in den Vor- und Nachmittagsstunden aufzugeben. — Auf weitere Beschwerden will ich der späteren Stunde nicht mehr eingehen, ich will nur wünschen, daß ich im nächsten

Jahre nicht wieder eine solche Fülle von Beschwerden werde herabringen kann, sondern daß der Staatssekretär sich endlich entschließe, die Wünsche der Postbeamten etwas mehr zu berücksichtigen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Riel (Op.): Die Postbeamten sind trotz ihrer Unzufriedenheit außerordentlich loyal. Sozialdemokraten werden sie sicher nicht. (Abg. Lebedow: Aus Angst!) Nein, nicht aus Angst, sondern aus Mängeln! Es sollte eine Telefonverbindung mit England eingerichtet werden. Die Postkarte sollte im Österreich wieder eingeführt werden. Zur Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers sollte eine Jubiläumsmarke in fünfzehner Ausführung herausgegeben werden, um noch außen zu dokumentieren: „Das deutsche Volk steht hinter seinem Kaiser.“ (Kauf: Kaufal Heiterkeit — Heiterkeit.)

Abg. Riedel (Op.): Dem Sivengesetz der Sozialdemokratie wird die Postbeamten nicht folgen. Die Beamten empfinden es als Beleidigung, wenn sie als Slaven bezeichnet werden, wie es Herr Wendel gesagt hat. (Wendel im Zentrum.) Als Minister würde Herr Wendel wohl mit einer sozialistischen Vergangenheit haben; bei doch Herr Briand als Minister gelang, die Freiheitserklärung der Beamten möglich auch gegen das Gesetz unterdrückt werden. (Hört hörst im Zentrum.) Der Staatssekretär sollte hier eine zufriedenstellende Erklärung zu den Beschlüssen der Budgetkommission ablegen, das würde ihm die Herzen der Beamten gewinnen. — Aus den Österreichern erhalten wir jetzt beständig Bitten, den Beamten die Österreichzugelasse nicht zu nehmen. Die Beamten sollten sich darauf sein, von dieser Zulage endlich befreit zu werden, damit man nicht mehr mit dem Vorwurf gegen sie erheben kann, es wäre ihre Belohnung im Dienste einer bestimmten Partei, richtung getreut werden. (Wendel im Zentrum.)

Staatssekretär Krämer: Die Österreichzugelasse hat in keiner Weise verdeckt auf den Charakter der Beamten oder auf den Dienst eingewirkt. — Über die Stellung zu den Beschlüssen der Budgetkommission kann ich keine Erklärung abgeben, bevor der Bundestag eine Entscheidung in dieser Frage getroffen hat.

Abg. Wumann (Wirtsh.): Im Plenum nehmen sich die Herren von der äußersten Linken der Beamten so fein an; in der Kommission aber haben sie von „billigem“ Beamten gesprochen. (Kauf: In welchem Zusammenhang?) Bei der Wohnungsfürsorge in dem Zusammenhang, daß man sich um diese „billigem“ Beamten nicht zu kümmern braucht. Auch ein roter Postmeister, den die Herren Sozialdemokraten propagiert haben, würde wohl ebenso kritisieren werden und es nicht leidet haben als Herr Krämer. — Der Gedanke der Kindergesetzgebung ist ein außerordentlich ethischer. Indem die Kommission ihn aufgenommen hat, ist sie einer Anregung gefolgt, die Adolf Hitler schon vor Jahren gegeben hat.

Abg. Dr. Süßkind (Sog.):

Herr Wumann hat behauptet, in der Budgetkommission habe ein Sozialdemokrat unter Hinweis auf die Lebenshaltung der Beamten die Dienstfelder als „billigem“ bezeichnet. Dieselbe Behauptung kann wohl nicht ohne Datum des Herrn Wumann, bereits im Reichstag und anderen rechtseitigen Blättern. Durch die Wiederholung wird sie nicht wahrer. Ich habe den Ausdruck „billigem“ Beamten nicht zu kümmern braucht. Auch ein roter Postmeister, den die Herren Sozialdemokraten propagiert haben, würde wohl ebenso kritisieren werden und es nicht leidet haben als Herr Krämer. — Der Gedanke der Kindergesetzgebung ist ein außerordentlich ethischer. Indem die Kommission ihn aufgenommen hat, ist sie einer Anregung gefolgt, die Adolf Hitler schon vor Jahren gegeben hat. (Wendel im Zentrum.)

Abg. Wumann (Wirtsh.): Im Plenum nehmen sich die Dienstfelder als „billigem“ bezeichnet. Diese Behauptung kann wohl nicht ohne Datum des Herrn Wumann, bereits im Reichstag und anderen rechtseitigen Blättern. Durch die Wiederholung wird sie nicht wahrer. Ich habe den Ausdruck „billigem“ Beamten nicht zu kümmern braucht. Auch ein roter Postmeister, den die Herren Sozialdemokraten propagiert haben, würde wohl ebenso kritisieren werden und es nicht leidet haben als Herr Krämer.

Abg. Wumann (Wirtsh.): Ich möchte den beitreffenden Herrn, wenn er sich meldet, zur Ordnung rufen. (Abg. Riedel (Op.): zuläßt sich und wird zur Ordnung gerufen.)

Die Debatte schließt. Es folgen perspektive Bemerkungen.

Abg. Wumann (Wirtsh.): Ich stelle fest, daß Herr Süßkind meine Behauptung bestätigt hat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Süßkind (Sog.): Sie sehen, wie reich ich hatte, als ich sagte, ich holte es für ausreichlos, Herrn Wumann von seiner Behauptung abzudringen.

Hierauf verzögert das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen; Wahlprüfungen).

Schluß 6½ Uhr.

Dubec
die beste 2½-Pflegarad.

Xantos
Gigaretten
mit Bar-Coupons.

Wert 10 Pfennig.

Als Probe erhalten Sie gegen Auskönnung dieses ausreichenden Coupons in jedem Geschäft

4 Stück Xantos-Dubec mit Bar-Coupons gratis beim Einkauf von 10 Cigaretten dieser Marke.

Cigarettenfabrik Xantos, Dresden-N. 21.

Wo nicht erhältlich, geben wir Verkaufsstellen an.

Zöpfe

aus echtem Haar
direktig, zum gleichen

1.50 von M. 3.00 von M.

Haarmanufaktur

Frau Emma Schunke
Schloßstraße 19, I.

Dentist Carl Schlegel
Dresden-A., König-Johann-Straße 10, II.
vordem 16 Jahre Wallstr. 1 (am Post-
A 108/15 platz) und interimslich Seestrasse 1.

Fort mit Waschbrett und Bürste!

Sie schaden damit nur Ihrer Wäsche.

Viel bequemer, billiger und besser
waschen Sie mit Persil. Die Wäsche wird
damit blendend weiß, frisch und dauerig
wie auf dem Rasan gebleicht.

Überall erhältlich, sie kostet nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Rath Fabrikations der althessischen

Tharandt und Umg.

Befehlungen auf die Dresdner Volkszeitung, Tharandt
Vaterliteratur, Literatur- und Druckschriften nimmt übergegangen
Paul Fiedler, Greifswalder Straße 116.

Henkel's Bleich-Soda.

Der gelehrt
Arzt
und die erfahrene
Großmutter
finden darüber einig.

daß bei Husten, Heiterkeit, Ver-
schleimung u. a.
Schokoladen-Horings
Tannia-Vossburg, 1/4 Pfund
25 Pf., doch die besten sind.

Männer- u. Frauenleiden
Ohrn, Mund, Gastr. u. Ös-
trunkreissen behandelt seit 18 Jahr.
in gut. Erfolg ohne Berufung
durch die Naturheilkunde
Frd. Holmberg, Trebbes
Dresdner Straße 52.
Sprechst. 2-5, Sonntags 8-11.

SLUB
wir führen Wissen.

<http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130218/15>

gefördert von der

DFG

